

die entscheidung.de



**Chefsache
Abschwung Ost**
Der Kanzler, die neuen
Länder und die PDS



Verfassungsbruch

Interview mit Professor Josef Isensee

Neue Serie:

Junge ins Parlament.

JU Kandidaten für den Bundestag

lock stoff



get it on

s.Oliver®

f r a g r a n c e s

Hallo!



Konstantin Schwab
kschwab@junge-union.de
Chefredakteur

„Im Osten was Neues“, das ist der Titel eines Beschlusses des Dresdener CDU-Parteitages. Damit wird klar, dass die Union auch im 13. Jahr nach der Wende den Aufbau Ost als das zentrale Handlungsfeld der Politik betrachtet. Dagegen hat die rot-grüne Regierungszeit den Neuen Ländern nur Stagnation gebracht.

Mit dieser Ausgabe der Entscheidung blicken wir einmal hinter die medienwirksam aufgebaute Fassade aus Ost-Sommertourneen und Ost-Cousinen des Kanzlers. Die „Chefsache Aufbau Ost“ wurde unter Schröder und Rot-Grün ganz schnell zur Nebensache. Entwicklungschancen blieben ungenutzt, Investoren wurden verprellt, Reformen verschleppt. Der Kanzler blieb auch im Osten einfalllos und untätig. Statt Förderkonzepte für Ostdeutschland betrieb er Machtpolitik. Seine SPD ließ sich in den Neuen Ländern und in Berlin bereitwillig auf die verschrobenen Politikvorstellungen der PDS ein und strebte mehr oder minder unverhohlen rot-rote Regierungsbündnisse an. Schröders rot-rote Barone im Osten behielten oder bekamen so die Macht, den Schaden hat das Land zu tragen.

Klar ist: Wo im Osten die CDU regiert, bewegt sich was. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wird zeigen, ob die Menschen weiter bereit sind, die rot-grüne und rot-rote Stillstandspolitik zu ertragen.

Weitere Themen in diesem Heft sind – natürlich – der Verfassungsbruch im Bundesrat und die SPD-Korruptionsaffäre. Außerdem starten wir in der Rubrik Kampagne eine neue Serie: Bis zum September werden in jedem Heft junge Bundestagskandidaten vorgestellt.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Durchlesen!

Konstantin Schwab

Euer Konstantin Schwab



Hildegard Müller
die@entscheidung.de
Bundvorsitzende der JU Deutschland

Genossenschaftliches Regieren im SPD-Staat

Wie im SPD-Staat regiert wird, haben wir in den letzten Wochen wieder einmal erfahren dürfen: Was die Partei beschließt, wird von den Genossen exekutiert, ob sie jetzt Bundeskanzler oder Bundesratspräsident sind. Da lässt man auch mal fünf gerade sein. An einer sachlichen Diskussion war die Bundesregierung Ende März im Bundesrat wohl nicht interessiert. Ansonsten wäre das passiert, was seit Jahrzehnten bei ähnlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundestag und Bundesrat üblich ist: ein Vermittlungsverfahren mit offener Diskussion und zähen Verhandlungen. Aber da die Grünen keine weiteren Verhandlungen wollten, um nicht im Wahljahr auch noch des letzten Feigenblattes ihrer Grundsätze verlustig zu gehen, war Vermittlungsverfahren pfui. Alles andere war erlaubt, egal mit welchen Mitteln.

Die Junge Union hat bei ihrem Deutschlandrat ein wegweisendes Konzept zur Hochschulfinanzierung beschlossen. Wir müssen dringend handeln, damit unser Bildungssystem nicht den Anschluss an die internationale Entwicklung verliert. Dazu brauchen wir vor allem mehr Hochschulautonomie und mehr Wettbewerb unter den Hochschulen. Studiengebühren müssen bei entsprechender sozialer Abfederung erlaubt sein. Der internationale Vergleich zeigt, dass das deutsche Hochschulsystem mehr soziale Ungerechtigkeit produziert und nicht weniger. Bei uns studieren viel häufiger die Reichen als die Besten. In den Vereinigten Staaten ist es entgegen aller Vorurteile genau umgekehrt. Was „Chefsache“ bei Gerhard Schröder bedeutet, zeigt der „Aufbau Ost“. Vor allem in den SPD-regierten Ländern geht es abwärts und die Regie-

rung beschränkt sich darauf, mit mittelstandsfeindlicher Politik jeglichen Aufschwung zu ersticken. Wir alle hoffen, dass bei der Landtagswahl am 21. April zumindest Sachsen-Anhalt das rot-rote Joch abstreifen kann. Richtig aufwärts kann es aber in ganz Deutschland erst gehen, wenn wir nach dem 22. September das Ruder herumwerfen. Wir wollen Wirtschaft und Bürger entlasten und den Mittelstand fördern. Zurzeit arbeitet die Union intensiv an inhaltlicher Positionierung und Wahlkampfstrategie, damit wir im Sommer gut gerüstet in den Wahlkampf gehen können.

Eure Hildegard Müller

Eure Hildegard

**Bundvorsitzende der
Jungen Union Deutschlands**

EDITORIAL / KOLUMNE

Genossenschaftliches
Regieren im SPD-Staat
Hildegard Müller **3**

Inhalt **4**

POLITSPIEGEL

Scharping,
Thierse, Ströbele **5**

SCHWERPUNKT

Des Kanzlers
größte Nebensache
Astrid Jantz **6-7**

Aufbau Ost - Interview
mit Günter Nooke
Martin Jehle **8-9**

PDS: der
Ostalgie-Katalysator
Konstantin Schwab **10-11**

Die neue APO
Die PDS und ihre
neuen Verbündeten
Sebastian Prinz,
Jan H. Klaps **12-13**



Der Osten braucht
Stoiber!
Knut Kirsten **14-15**

Viel Kult, wenig
Geschichtsbewusstsein
Rosa-Luxemburg-
Verehrung im
rot-roten Berlin
Sascha Drescher **16**

Schwarzer Anstrich für
Rostock Szenebeschrei-
bung aus Mecklen-
burg-Vorpommern
Thomas Winnig **17**

POLITIK

Verfassungsbruch im
Bundesrat-Interview mit
Professor Josef Isensee
Daniel Eichler,
Clemens Mindt **18-19**



Sicherheit statt Risiko
Wehrpflicht
weiterentwickeln
Heiko Rottmann **20-21**

Jugendschutzgesetz:
ankündigen und
zurückrudern
Lars Rohwer **22**

CSU – näher am Men-
schen - Klarer Sieg für
die CSU bei den
bayerischen
Kommunalwahlen
Thomas Silberhorn **23**

Pawlowsche und andere
Reflexe - Die SPD-
Korruptionsaffäre und
das Verhalten der
Medien
Ralf Weidner **24**

KAMPAGNE

Neue Serie:
Junge ins Parlament.
JU-Kandidaten
für den Bundestag
Folge 1: Jens Spahn (21)
Konstantin Schwab **25**

JUNGE UNION

Spreng-Stoff für den
Wahlkampf
Michael Spreng beim
JU-Deutschlandrat
Sebastian Gehrold **26**



„Mehr Qualität statt
mehr Geld“
Hamburgs Finanzsenator
Wolfgang Peiner im
Gespräch mit der JU
Sebastian Gehrold **27**

JU-Deutschlandrat
in Hamburg **28**

BUCHBESPRECHUNG

Schwerelose Aufgereg-
theit - „Die stumpfe Ecke“
von Alexander Ossang
Christian Jung **29**

UNTER DER KUPPEL

Europa in Bewegung
Hans-Peter Repnik **30**

GLOSSE

Hätten Sie's gewusst?
Die grüne
Regierungsbilanz
Konstantin Schwab **31**

Aktiv **32-33**

WEB-TIPP

www.wahlkreis300.de **34**
Neue Vorstände/
Impressum **35**

Gertz vs. Scharping, die Zweite

Erst kürzlich hatte Bundeswehrverband-
chef Bernhard Gertz seinen Minister als
„Witzblattfigur“ bezeichnet. (Wir berichte-
ten an gleicher Stelle im letzten Heft). Jetzt
legte der tapfere Soldat nach: In der Wetzla-
rer Neuen Zeitung nannte der oberste
BwV-Vertreter seinen Oberbefehlshaber ei-
ne „lahme Ente“. Der Minister könne nichts
mehr umsetzen, alle hielten ihn für ein
„Auslaufmodell“, so Gertz. Klare Worte,
ganz im Sinne der Inneren Führung. Früher
oder später wird auch der Kanzler die Kon-
sequenzen aus dem dramatischen Auto-
ritätsverfall des Verteidigungsministers zu
ziehen haben: Scharping, weggetreten!

e

Spielverderber Thierse

Viel Bart, wenig Humor. Das beweist derzeit
wiederholt Bundestagspräsident Wolfgang
Thierse. Zuerst verbot er ein Karaoke-
Theaterexperiment im früheren Plenarsaal



Politik mit Bart: Wolfgang Thierse

des Bundestages in Bonn während des
Festivals „Theater der Welt 2002“ mit der
sauertöpfischen Begründung, die Würde
des Bundestages sei gefährdet. Dann ver-
langte er eine Unterlassenserklärung von
Ikea. Die schwedische Möbelkette hatte auf
Großplakaten angekündigt, Besuchern ihrer
Häuser Freigetränke auszugeben, wenn
Thierse sich bis zu einem Stichtag glattrasi-
ert hätte. Das ist eindeutig Politik mit Bart.

e

Ströbele: Einstieg in den Ausstieg

Die Republik hat seit 68 einiges überstan-
den. Auch Christian Ströbele. Der frühere
Terroristen-Anwalt und spätere grüne Fun-
di-Kämpfer scheint seinen Marsch durch
die Institutionen mit dem Einstieg in den
Ausstieg aus dem Deutschen Bundestag zu
Ende zu bringen. Die Berliner Grünen ent-
ledigten sich des in die Jahre gekommenen
APO-Erbes und wollten Ströbele nicht
mehr auf der Landesliste nominieren. Jetzt
hat der altlinke Politsaurier als Wahlkreis-
Direktkandidat nur noch äußerst geringe
Chancen, sein politisches Leben um eine
weitere Legislaturperiode zu verlängern.

e

Politspiegel





Astrid Jantz, ajantz@junge-union.de

Schröders größte Nebensache – Aufschwung Ost

Demonstration gegen Schröders Ostdeutschlandpolitik.

Zur Chefsache erklärte Gerhard Schröder den Aufbau Ost. Gebündelte Zukunftsprogramme für die neuen Länder stellte er in Aussicht. Was die Bundesbürger der neuen Länder in seiner Regierungszeit davon zu sehen bekamen, war Gerhard Schröder auf einer zweiwöchigen Sommertour durch den Osten mit Passetross und der einschlagenden Botschaft im Gepäck: Keine Autogramme ohne meine Flasche Bier! Danke Schröder – das brauchte das Land!

Während Schröders Regierungszeit ist das wirtschaftliche Wachstum in den neuen Ländern kontinuierlich geringer als im Westen. Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich wieder, das geringe Wirtschaftswachstum führt zu einer drastisch erschwerten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Februar 2002 stellte das Statistische Bundesamt eine Arbeitslosenquote für die Neuen Länder von 20,7 Prozent fest - 2,3-fach so hoch wie in den alten Bundesländern. So hatte Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2002 eine Arbeitslosenquote von 21,3

Prozent (abhängige EP) und Sachsen-Anhalt von 22 Prozent zu erklären. Sachsen mit 20,9 Prozent und Thüringen mit 18,7 Prozent lagen immer noch darunter. Besonders beunruhigend ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. 16,8 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen unter 25 Jahren waren im Februar 2002 ohne Arbeit. Zum Vergleich: In den unionsregierten West-Ländern lag diese für Bayern bei 7,2 Prozent und Baden-Württemberg bei 5,7 Prozent. Enorme Abwanderungswellen und Wohnungsleerstand sind die Konsequenz. Im Vergleich der Bevölkerungsent-

wicklung der neuen Bundesländer liegt Sachsen-Anhalt an letzter Stelle; Mecklenburg-Vorpommern als Vorletzter hat seit 1990 170.000 Einwohner weniger zu verzeichnen. Nun wären sofortige Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen erwägbare Reaktionen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten und Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Zukunftschancen auszubauen. Doch seit Schröder sich dem „Wohle“ dieses Landes verschrieben hat, klaffen desaströse Haushaltslöcher in den Kassen der Städte

und Gemeinden. Seit 1998 sorgen die Gesetzgebungen der Schröder-Regierung für Einnahmeeinbrüche in den kommunalen Haushalten. Nach Angaben der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände verursachte allein das rot-grüne Steuerensenkungsgesetz im Jahr 2001 Steuer- und Zuweisungsverluste von 4,09 Mrd. Euro. Die Investitionen in den kommunalen Haushalten 2001 sanken um 3,2 Prozent auf 23,8 Milliarden Euro, besonders stark war das Minus mit 7,6 Prozent in den neuen Ländern. Für 2002 wird insgesamt ein weiterer Rückgang von 6,5 Prozent erwartet, in den neuen Ländern 7,8 Prozent. Die SPD hat auf ganzer Linie versagt.

SPD/PDS-regierte Länder sind die Schlusslichter


In Regierungsverbindung mit der PDS wird die Entwicklung zum Desaster. Ein Blick auf die Wirtschafts- und Sozialstatistiken der Neuen Bundesländer demonstriert den dauerhaften Kampf Mecklenburg-Vorpommerns mit Sachsen-Anhalt um den letzten Platz. Die durchschnittliche Selbstständigenquote von 8,2 Prozent in Ostdeutschland wird in Sachsen-Anhalt mit 7,2 und Mecklenburg-Vorpommern mit 7,3 Prozent deutlich unterschritten. Sachsen führte mit 8,9 Prozent im Jahr 1999 diese Statistik an.

Die wirtschafts- und technologiefeindliche Politik von Rot-Rot hatte in Sachsen-Anhalt die Konsequenz, dass die Investitionsquote von 1994 damals noch vergleichbar zu Sachsen mit 28 Prozent auf heute unter 23,5 Prozent gesunken ist. Thüringen mit 25,3 Prozent und Sachsen mit 30,6 liegen ebenso deutlich auch vor Mecklenburg-Vorpommern mit nur 22,6 Prozent. Die Betrachtung der Staatsverschuldung weist dieselbe Tendenz auf: den

größten prozentualen Schuldenzuwachs seit 1994 hatte Sachsen-Anhalt und lag 2000 bei 5.000 Euro pro Kopf. Somit ist hier seit Rot-Rot die Kopfverschuldung um 500 Euro gestiegen. Deutlich darunter lag wiederum Sachsen mit 2.300 Euro pro Kopf.

Obwohl Sachsen-Anhalt eigentlich gute Wettbewerbsvorteile aufweist, so etwa die zentrale Lage, die kulturelle und wirtschaftliche Tradition und die guten Absatzvoraussetzung zu den osteuropäischen Märkten regiert Höppner unter Akzeptanz und Fürsprache der PDS durch falsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik das Land in eine ne-

gative Abkopplung zum gesamten Bundesgebiet hin. So konnte etwa Thüringen in den Jahren 1991 bis 2000 eine Steigerung des Bruttoinlandprodukts (i.Preisen von 95) um 66 Prozent erzielen, Sachsen-Anhalt mit 49 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 48 Prozent blieben jedoch deutlich zurück.

Vieles ließe sich noch aufzählen. Deutlich wird eines: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Die SPD kann es nicht - zusammen mit der PDS ist der Abschwung vorprogrammiert. Am 22.9. ist unsere Chance. Chefsache Deutschland: Schröder abwählen! 

ZUR PERSON

Astrid Jantz
ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union

	Arbeitslosenquote Feb. 2002	Arbeitslose Jugendliche unter 25 J. Feb. 2002	Bevölkerung in 1.000 (Stand 1999)	Fläche qkm
Thüringen	17,4	15,2 %	2.449	16 171,85
Sachsen-Anhalt	20,8	17,8%	2.649	20 446,74
Mecklenburg-Vorpommern	19,9	16,2%	1.789	23 171,45
Brandenburg	18,7	17,3 %	2.601	29 476,77
Sachsen	19,3	15,7%	4.460	18 412,88



Für den Osten: Kanzlerkandidat Edmund Stoiber auf seiner Reise durch die neuen Bundesländer.

Martin Jehle

Versprochen – Gebrochen

Günter Nooke: »Aufbau-Ost als Leitbild für ein modernes Deutschland«

Setzt sich ein für die neuen Länder: Günter Nooke (Mitte) im Gespräch mit CSU-Landesgruppenchef Michael Gloos (links) und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz (rechts).

Günter Nooke steht für den Aufbruch und die Erneuerung der Hauptstadt-Union. Gemeinsam mit der Jungen Union in Berlin arbeitet er für eine programmatische und strukturelle Neuorientierung der CDU in der Hauptstadt. Als Sprecher der CDU-Abgeordneten der neuen Länder hat Günter Nooke maßgeblich an der Ausarbeitung des auf dem Dresdener CDU-Parteitag beschlossenen Programms »Im Osten was Neues« mitgearbeitet. Zusätzlich dazu ist die Union mit dem kürzlich beschlossenen »Sonderförderprogramm Ost« bestens für die inhaltliche Auseinandersetzung mit ROT-GRÜN über die Zukunft der neuen Länder gewappnet.

Im Gespräch mit der Entscheidung äußert sich Nooke zur Situation in Berlin und Ostdeutschland.

ENTSCHEIDUNG: *Herr Nooke, seit einigen Wochen regieren SPD und PDS gemeinsam in der Hauptstadt. Welches Signal geht von der Beteiligung der PDS am Berliner Senat aus?*

NOOKE: Die Koalition von SPD und PDS in der deutschen Hauptstadt ist auch ein Stück Symbolik. Bundeskanzler Gerhard Schröder kann nun eine Regierungsbeteiligung der PDS auf Bundesebene nicht mehr ausschließen. Gerade in einer Stadt, die durch Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen getrennt war, wird deutlich, wo sich die SPD heute befindet – nämlich nicht in

der neuen Mitte, nicht im neuen Berlin, sondern auf Spurensuche in der Vergangenheit.

ENTSCHEIDUNG: *Berlin hat massive finanzielle Probleme. Für welche Positionierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden Sie sich in der Frage der Finanzhilfen durch den Bund für Berlin einsetzen?*

NOOKE: Fast alle meine Fraktionskollegen sind gerne in Berlin und prinzipiell bereit, Berlin zu helfen. Wir brauchen einen Sondervertrag, einen erweiterten Hauptstadtvertrag, der nicht nur das finanzielle Engagement des Bundes in Berlin regelt, sondern der eine Aussage darüber trifft, was dem Bund und den anderen 15 Ländern ihre Hauptstadt wert ist. Gelder sind hier nur das eine. Berlin muss als deutsche Hauptstadt als Sache aller Deutschen verstanden werden.

ENTSCHEIDUNG: *Wie beurteilen Sie des Kanzlers Politik in den neuen Ländern?*

NOOKE: Schröder hat selbst gesagt, dass er es nicht wert sei wiedergewählt zu werden, wenn es nicht gelinge, die Arbeitslosenzahlen signifikant zu senken. Dass Schröder sich trotzdem zur Wiederwahl stellt zeigt, dass die Melodie „Versprochen-Gebrochen“ auch hier gilt. Ich glaube, dass das Thema neue Bundesländer Rot-Grün und insbesondere dem Bundeskanzler einfach egal ist. Erst nach der Hälfte der Legislaturperiode hat Schröder überhaupt angefangen, den Osten wahrzunehmen. Aber mit Sommertouren schafft man keine Arbeitsplätze.

ENTSCHEIDUNG: *Sie waren an der Ausarbeitung des „Sonderförderprogramms Aufbau Ost“ der Präsidien von CDU und CSU beteiligt. Wo wollen Sie Akzente setzen?*

NOOKE: Wir wollen bundesrechtliche Rahmenvorgaben für die neuen Länder außer Kraft setzen und durch Regelungen ersetzen, die dem Osten besser angepasst sind. Wir plädieren für mehr Freiheit, für eigene Wege der neuen Länder. Das betrifft natürlich die Arbeitsmarktpolitik aber auch das Bau-, Hochschulrahmen- und Planungsrecht. Un-

sere Politik wird Unternehmen in ihrer Gründungs- bzw. Ansiedlungsphase unterstützen und wirtschaftliche Erleichterungen bringen. Dazu zählt vor allem der Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Die einzelnen Landesparlamente der neuen Länder müssen den Mut fassen, um ihren Beitrag dazu zu leisten. Der Aufbau Ost muss als Leitbild für ein modernes Deutschland stehen!



Günther Nooke

ENTSCHEIDUNG: *Die Junge Union hat mehrmals auf die Wirkungslosigkeit des „Jump“-Programms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hingewiesen, die besonders in den neuen Bundesländern erschreckend hoch ist. Wie schätzen Sie die Leistung der Bundesregierung auf diesem Gebiet ein?*

NOOKE: Alle Zahlen sagen, dass es der Bundesregierung nicht gelungen ist, wirkliche Fortschritte zu bewirken. Die Jugendarbeitslosigkeit führt dazu, dass viele junge Menschen ihrer Heimat

»Mit Sommertouren schafft man keine Arbeitsplätze«

»Berlin muss als deutsche Hauptstadt als Sache aller Deutschen verstanden werden.«

den Rücken kehren. Eine hohe Abwanderung hat besonders in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands langfristig verheerende Folgen. Aber selbst aus Berlin zieht es junge Menschen in die alten Bundesländer, obwohl wir doch hier die interessanteste Metropole des 21. Jahrhunderts in Europa haben.

ENTSCHEIDUNG: *Wahlforscher sprechen immer wieder davon, dass die Wahl im Osten entschieden wird. Wie schätzen Sie die Akzeptanz Edmund Stoibers in den neuen Ländern ein?*

NOOKE: Stoiber gilt als führungsstark und kompetent besonders in Wirtschaftsfragen. Ich glaube, dass jemand, der Bayern zu einer führenden Industrie- und Hightechregion gemacht hat, gezeigt hat, wie man ein Land an die Spitze führt und deshalb auch geeignet ist, die neuen Bundesländer aufzubauen. Vielleicht ist sogar das Modell Bayern weniger geeignet für ganz Deutschland als für die Region der neuen Bundesländer. Den Menschen wird klar werden, dass jemand, der in seiner Verantwortung als bayerischer Ministerpräsident bayerische Interessen so hervorragend wahrnimmt, auch deutscher Bundeskanzler werden kann. Ganz Deutschland hat ein Problem, wenn es dem Osten schlecht geht. **e**

ZUR PERSON

Günther Nooke, Jahrgang 1959, ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Fraktions-sprecher für die Angelegenheiten der neuen Länder. Anfang des Jahres wurde er zum Spitzenkandidaten der Berliner CDU für die Bundestagswahl gekürt. Der Diplom-Physiker engagierte sich während der Wende in der Bürgerrechtsbewegung „Demokratischer Aufbruch“ und wurde 1990 Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer. 1996 trat er in die CDU ein und ist seit 1998 Mitglied des Bundestages.

Konstantin Schwab, kschwab@junge-union.de

Politikum: das
Ost-Ampelmännchen

PDS: der Ostalgie-Katalysator

Von den „West“-Parteien zu lange unbeachtet, entwickelte sich im Osten ein eigentümliches Lebensgefühl, das ihre typischen Symbole hat und von der PDS für ihre Zwecke politisch instrumentalisiert wird.

Mit dem Ampelmännchen fing alles an. Als westdeutsche Verkehrsplaner nach der Wiedervereinigung den ostdeutschen Fußgänger-Lichtzeichenanlagen an den Kragen wollten und sich

anschickten, die charmanten DDR-Leuchtfüßchen durch den etwas nüchternen West-Kollegen zu ersetzen, erhob sich Widerstand in den neuen Ländern. Erst zaghaft,

dann immer lauter, bis das belanglose Männchen in den Ampeln zum Symbol für ein ostdeutsches Lebensgefühl wurde: Ostalgie nannte man das Phänomen bald, und gewesene DDR-Bürger gründeten gemeinsam mit wohlmeinenden Wessis Bürgerinitiativen zur Erhaltung der ostzonalen Lichtgestalten.

Verklärung der Ost-Vergangenheit

„Es war ja nicht alles schlecht in der DDR.“ Das war die Botschaft der Ampelmännchen-Euphorie. „Nein, wir hatten es doch schön“.

Mit mildem Blick schaute man auf das zurück, was man über die Jahre lieb gewonnen hatte und was Wende und Wiedervereinigung mit der rasanten Angleichung an West-Standards nahmen. Das Ampelmännchen stand nach und nach für alle Errungenschaften der DDR-Alltagskultur, die dem Wettbewerbsdruck mit dem Westen nicht standhielten. Wie all die untergegangenen Ost-Konsumprodukte – Club Cola, „Lilienmilch“ Seife oder Ziphona Kofferplattenspieler – fürchtete man, selbst zum Verlierer der vereinigungsbedingten Modernisierung zu werden. Aus Enttäuschung und vielfach auch aus Unverständnis wurde die DDR-Vergangenheit verklärt. Ostdeutsch sein wurde zur Identitätsquelle. Die Koketterie mit den Symbolen von Staat und Partei war wieder chic. Tonträger mit DDR-Propaganda-Liedern kursierten. Dem „Turbokapitalismus“ des Westens wurde das behütete Leben im Osten gegenübergestellt. Und in dem Maße, wie die Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen stagnierte, verstärkte sich die Ostalgie. Fast drei Viertel der Ostdeutschen fühlten sich nach einer EMNID-Umfrage auch 2000 noch als „Bürger zweiter Klasse“. Mit Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik wurden die Ostdeutschen nur sehr zögerlich warm. 1999 waren laut Sozialreport knapp 80 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung nur teilweise zufrieden oder unzufrieden mit der Staats- und Regierungsform in Deutschland.

Das Phänomen Ostalgie kommt aus einem klar umrissenen Selbstbild. Bestimmte Eigenschaften gelten Ostdeutschen als typisch ostdeutsch: höhere Sozialkompetenz, ausgeprägteres Gerechtigkeitsgefühl, weniger Karrieregedenken. Nutznießer und Verstärker der Ostalgie ist die PDS. Sie hat es verstanden, ihr



Früher verspottet, heute ostalgieisch verehrt: der Trabi

SED-Erbe zu bagatellisieren, und eine ostpopulistische Meinungsführerschaft übernommen. Sie hat sich die diffizilen Befindlichkeiten der Ostdeutschen zu eigen gemacht und die politische Kraft der Ampelmännchen-Emblematik erkannt. Da sie eine speziell ostdeutsche Erscheinungsform ist, steht sie in den Augen vieler ihrer Wähler und Anhänger gleichzeitig sowohl für die Bindung vieler ostdeutscher Biografien an die DDR-Geschichte als auch für das relativierende Vergessen des „...es war doch nicht alles schlecht“. Programm, Inhalt und linke Spitzfindigkeiten dieser Partei sind ihren Wählern egal. Die PDS behauptet sich, weil sie ihr Image von ihrem Inhalt entkoppelt hat und vordergründig die rückwärtsgewandte Identität der Kleinbürger-Ostalgie bedient.

PDS verkehrt ihre Geschichte

Die PDS hat sich durch ihre Selbstinszenierung als Anwalt der Ostdeutschen zur ostdeutschen Milieupartei stilisiert und ihre eigene Geschichte schamlos ins Gegenteil verkehrt. Dabei kam ihr zur Hilfe, dass die Wiedervereinigung und die Jahre da-

nach große Unsicherheiten in den neuen Ländern brachten und dass die „West“-Parteien nicht wirklich in der Lage waren, dem Osten echte Identifikation zu bieten. Die Union hat sich zu lange auf ihrem Wiedervereinigungsbonus ausgeruht. Die SPD beschränkte sich darauf, die Vereinigungsfrustrierten abgreifen zu wollen. Beide Strategien scheiterten. Und so konnte die PDS lange Zeit – zwar gelegentlich bemerkt aber immer ungestört – in einer ganz speziellen Nische der Geschichte ein trennendes und destruktives Ost-Lebensgefühl hervorbringen und verbreiten, von dem sie selbst lebt. Durch diesen demagogischen Erfolg ist es ihr sogar gelungen, die enormen Leistungen gerade der Ostdeutschen seit 1990 zu schmälern, klein zu reden und zu behindern.

Zurück zum Ampelmännchen. Kein Mensch missgönnt der lustigen Figur, auch in Zukunft auf ostdeutschen Lichtzeichen zu leuchten. Gefährlich aber ist ihre politische Instrumentalisierung, die nicht mit deutsch-deutscher Geschichte versöhnt, sondern in der Gegenwart spaltet.

e

Sebastian Prinz, Jan H. Klaps, autor@entscheidung.de

Alt-Stalinist und PDS-
Ehrenvorsitzender
Hans Modrow

Die neue APO

Die PDS sucht nach neuen Themenfeldern und streckt die Fühler aus zur so genannten Anti-Globalisierungsbewegung. Dort entsteht ein politisches Biotop aus alter Modernisierungsangst und neuem Antikapitalismus.

Traditionell beschränken Linksextremisten ihre Agitation nicht auf Parlamente. Vielmehr beteiligen sie sich an Wahlen und benutzen die sich ihnen dadurch bietenden Möglichkeiten, um außerparlamentarische Bewegungen zu flankieren. Hier hat sich in den letzten Jahren mit dem teilweise gewalttätigen Kampf gegen die so genannte Globalisierung ein neues Kampagnenthema für die PDS eröffnet. Eine neue Außerparlamentarische Opposition ist entstanden. An ihre Spitze hat sich die Orga-

nisation Attac (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens, Association for the Taxation of Financial Transactions für the Aid of Citizens) gesetzt. Zahlreiche Linksextremisten – darunter wie in der achtziger Jahren bei der Friedensbewegung die verschiedensten Polit-Sektierer – springen jetzt auf den fahrenden Anti-Globalisierungs-Zug auf. Insbesondere die PDS, die hinter der Fassade des agilen Medienlieblings Gysi an akuter Vergreisung leidet, erhofft sich vom

Schulterschluss mit den jugendlichen Globalisierungsgegnern frisches Blut und damit die Abwendung der biologischen Lösung der umbenannten SED. Zudem versucht sie, Ängste vor der Globalisierung zu schüren und gesellschaftliche Konflikte anzuheizen.

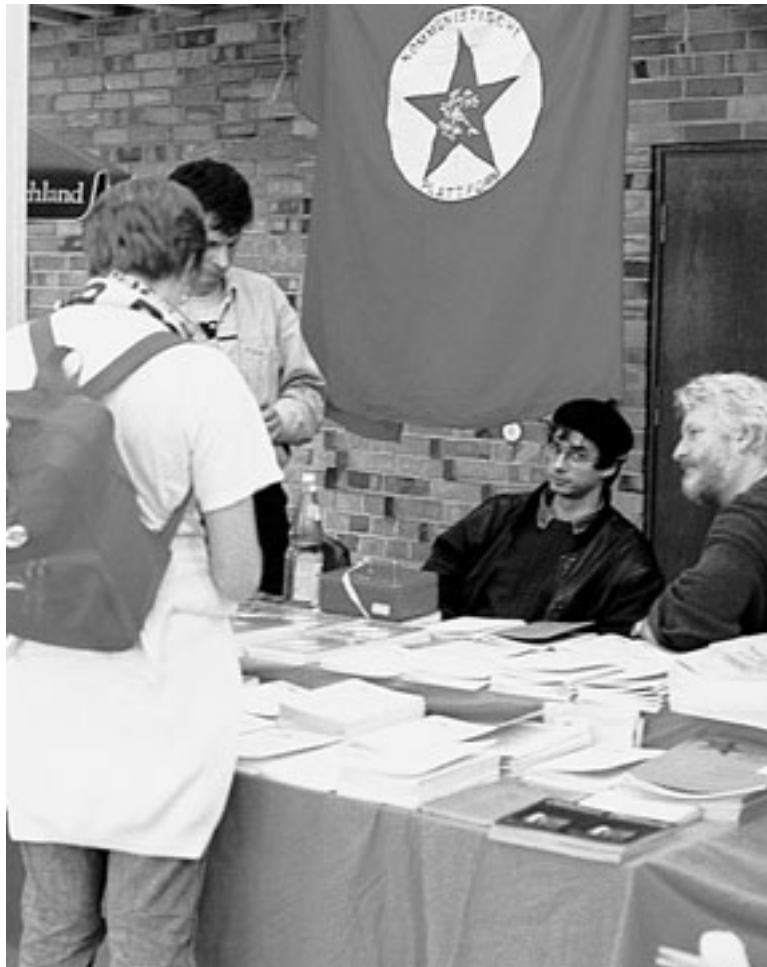
PDS unterstützt gewalttätige Proteste

Der Parteivorstand der PDS fordert regelmäßig dazu auf, Proteste gegen Tagungen internationaler Einrichtungen wie der Welt-

handelsorganisation, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der G 7-Staaten zu unterstützen. Beispielsweise hat die PDS Berlin-Kreuzberg, deren Beobachtung das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz eingestellt hat, für ein Vorbereitungstreffen von Krawalltouristen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Ebenso hat die Partei für Gipfelproteste Busse organisiert. Die PDS strebt nach eigenen Worten gezielt die Zusammenarbeit mit der Bewegung der Globalisierungsgegner an. Sie hat sich an allen großen Protestaktionen – Köln, Prag, Nizza, Göteborg und Genua – beteiligt. Der Stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende Diether Dehm wurde als offizieller Vertreter der PDS zu den Protesten anlässlich des internationalen Gipfeltreffens in Genua 2001 entsandt. Dort herrschten tagelang bürgerkriegsähnliche Zustände. Militante Globalisierungsgegner verübten wie schon bei vorangegangenen Gipfeln brutale Angriffe auf die Sicherheitskräfte. Politchaoten verletzten zahlreiche Polizisten zum Teil schwer und verursachten Sachschäden in Millionenhöhe. Bundesinnenminister Otto Schily sagte nach den Ausschreitungen in Genua wörtlich, dass die PDS noch immer den alten antikapitalistischen Parolen hinterherlaufe und auch nicht die geringste Distanzierung von den Gewalttätigen erkennbar sei. An diese Aussage sollte man die SPD nach der Bundestagswahl erinnern, wenn sie um des Machterhalts willen nach einem Zusammengehen mit der PDS schießt.

Radikale Doppelstrategie

Sybille Neumann, Mitarbeiterin der PDS-Bundesgeschäftsstelle, erläutert intern die Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen für den politischen Kampf der Partei sowie die auf



Seit' an Seit': Kommunistische Plattform und PDS (Infostand auf dem Rostocker PDS-Parteitag)

parlamentarische wie außerparlamentarische Politik setzende Doppelstrategie der PDS: Bewegungen schafften aufgrund ihrer Radikalität, Basisnähe, Spontaneität und Medienpräsenz Spielräume für Parteien, die ihnen bei der Umsetzung alternativer Gesellschaftspolitik mehr Durchschlagskraft verleihen. Politische Parteien wiederum hätten aufgrund ihrer parlamentarischen Verankerung größeren Einfluss bei der Umsetzung der Forderungen der Bewegungen in politische Konzepte und Modelle. Ausdrücklich lehnt Neumann eine Distanzierung von Gewalttätigen ab. Auch die Katastrophe des 11. September und die Folgen instrumentalisiert die PDS bereits. In einem Aufruf, den die innen-

politische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke gemeinsam mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands unterzeichnet hat, heißt es in perverser Verdrehung der Tatsachen, US-Präsident Bush habe mit Unterstützung Deutschlands den ersten Krieg des 21. Jahrhunderts eingeleitet. Der Krieg sei die Fortsetzung der kapitalistischen Globalisierung. Und ausdrücklich wird betont, dass man sich als Teil der Anti-Globalisierungsbewegung fühlt. Statt mit den USA solidarisiert sich Jelpke in diesem Aufruf mit den nach den Krawallen in Genua verurteilten Globalisierungsgegnern. Dass solche Leute nach einem Aufstand der Anständigen rufen, heißt den Bock zum Gärtner zu machen. **e**

ZUR PERSON

Sebastian Prinz studierte Osteuropäische Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten und Doktorand.

Schwerpunkt

Potsdam-Babelsberg

115

115

Drei
500 m

Knut Kirsten
kkirsten@junge-union.de

Das Autobahnnetz der neuen Länder ist nur halb so dicht wie im Westen.

Der Osten braucht Stoiber!

ZUR PERSON

Knut Kirsten (Sachsen) ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union.



Die Versprechungen waren so groß: Chefsache und Ostminister sollten den Aufbau der neuen Länder auf Trapp bringen. Geblieben ist ein Staatsminister, der sich zum Rohrkrepiierer entwickelt hat, auf den niemand hört und der bestenfalls als Alibi dient. Herunterspielen, Dementieren und "schön Wetter Machen", das ist der Hauptinhalt der "Chefsache Ost".

Die Politik von Rot/Grün hat auf ganzer Linie versagt. Seit gut zwei Jahren steigt der Abwanderungssaldo von Ost nach West wieder deut-

lich an. Noch nie sind nach der "Wende" so viele junge, gut ausgebildete Menschen aus den neuen Ländern abgewandert, wie derzeit. Selbst aus wirtschaftlich starken Region, wie den industri-

ellen Zentren Sachsens Chemnitz, Leipzig oder auch Dresden wandern Menschen ab, weil sie die Hoffnung auf grundlegende Änderungen ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Lage verloren haben.

Seit Schröder und die SPD die politische Verantwortung in Deutschland tragen, sind die Perspektiven für den Osten deutlich schlechter geworden. Die Ar-



Kanzlerkandidat Edmund Stoiber besichtigt die traditionsreiche Halloren Schokoladenfabrik in Halle.

Forschungsstandort Ost stärken

Die Unternehmensstruktur in den neuen Bundesländern ist geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Arbeiten in den alten Bundesländern nur 7 Prozent aller Beschäftigten in Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl unter fünf Beschäftigten, sind es in den neuen Ländern immerhin 11 Prozent.

Unternehmensgröße und Innovationskraft hängen eng zusammen. Dem Wissenstransfer von den Hochschulen in die Unternehmen kommt in den neuen Bundesländern deshalb eine besonders hohe Stellung zu. Kleinere Firmen stoßen bei Forschung und Entwicklung schnell an Grenzen. Existenzgründungen in technologieorientierten Branchen finden vorwiegend in Gebieten mit ausgeprägter Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur statt. Eben nach dieser Infrastruktur suchen Investoren neue Standorte aus. Wer den Osten fördern will und damit dauerhafte Transferleistungen verhindern kann, muss die Innovationskraft bei der Innovationskraft ansetzen.

Unser Ziel muss es sein, Forschungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen in den neuen Bundesländern zu stärken. Rot-Grün hat auch in diesem Bereich keine überzeugenden Ergebnisse vorzuweisen.



Michael Kretschmer

beitslosigkeit steigt auf Rekordniveau, immer neue wohlklingende Programme wie JUMP, Job-Aktiv oder BSI sollen das Nichtstun der rot-grünen Regierung in Worte fassen. Das Wirtschaftswachstum der neuen Länder hinkt seit 1998 regelmäßig hinter dem der alten Länder hinterher. Experten Wirtschaftsforscher in diesem Jahr für die Bundesrepublik einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 bis 0,75 Prozent, wird dieser nach Ansicht des Institutes für Wirtschaftsforschung Halle im Osten bestenfalls bei minus 0,5 Prozent liegen.

Neue Länder müssen wieder lebenswert werden

Die gesamte Union, als Partei der Deutschen Einheit, steht vor großen Herausforderungen. Wir müssen die wirtschaftliche Entwicklung forcieren, damit Arbeitsplätze geschaffen werden, die Lebensqualität erhöhen und vor allem den Menschen in den neuen Ländern die Hoffnung zurückgeben. Sobald die neuen Länder wieder attraktiv für Investitionen, für Ausbildung und für das Leben sind, werden deutlich weniger Menschen abwandern. Dabei muss es eine klare Perspektive zur Angleichung der Verdienstverhältnisse von Ost und West zu geben. Wir können uns nicht den Aufbau Ost mit Niedriglöhnen erkaufen.

Der zweite Arbeitsmarkt wird mittelfristig weiterhin eine Bedeutung für den sozialen Frieden und das gesellschaftliche Gleichgewicht in den neuen Ländern besitzen. Wir müssen jedoch mehr finanzielle Mittel zur Förderung des ersten Arbeitsmarktes, z.B. zur Unterstützung des Niedriglohnssektors, und eine sinnvolle und am Bedarf der Unternehmen orientierte Aus- und Weiterbildung einsetzen. Die wichtigste Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in den neuen Ländern sind bessere Rahmenbedingungen als in den alten Ländern. Es ist unerlässlich, dass die Fördermöglichkeiten für Unternehmen in zukunftsorientierten Branchen auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur" ist das zentrale Förderinstrument zur einzelbetrieblichen Förderung und dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Beide Bereiche bilden in vielen Fällen die Grundlage für Investitionsentscheidungen in den neuen Ländern. Die finanziellen Mittel stammen überwiegend aus der Kasse der EU und sind daher an Förderperioden und Zielgebietsdefinition der EU gekoppelt. Für die neuen Länder bedeutet dies, dass die GA vorerst bis 2006 fortgesetzt wird. Künftig wird es darauf ankommen, die zur Verfügung stehenden Mittel noch zielgerichteter und effizienter einzusetzen und auf zukunfts-fähige Wirtschaftszweige zu konzentrieren.

enter einzusetzen und auf zukunfts-fähige Wirtschaftszweige zu konzentrieren.

Der Osten braucht klare Perspektiven

Die Autobahn- und Fernstraßendichte in den neuen Ländern liegt bei gut 50 Prozent der alten. Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt jedoch entscheidend von den Infrastrukturbedingungen ab. Daher ist es von der rot-grünen Regierung unverantwortlich, zentrale Infrastrukturmaßnahmen halbherzig anzugehen oder gar zeitlich zu strecken. Vielmehr müssen zusätzliche Mittel, beispielsweise aus der Einführung der Lkw-Maut, in den Infrastrukturausbau Ost fließen. Den Ländern und Gemeinden muss beim Einsatz der Mittel ein größerer Handlungsspielraum gelassen werden.

Wir haben in den neuen Ländern nur knapp zwei Drittel der Wirtschaftskraft West. Von 1990 bis 1998 war eine Angleichung Ost/West spürbar. Derzeit bewegen sich die beiden Teile Deutschlands wieder voneinander weg – wirtschaftlich und gesellschaftlich. Die Union hat bis 1998 gezeigt, dass wir mehr können als versprechen. Das Land braucht endlich erfolgreiche Konzepte und klare Perspektiven!

Viel Kult, wenig Geschichtsbewusstsein

Die Rosa-Luxemburg-Verehrung hat in Berlin goldene Zeiten

„Die Koalition will das geplante Denkmal für Rosa Luxemburg nach einem künstlerischen Wettbewerb auf dem gleichnamigen Platz in Mitte realisieren“, heißt es in der Koalitionsvereinbarung der rot-roten Berliner Senatsregierung zur Geschichtskultur (Abschnitt 23). Bei näherem Hinsehen ist die streitbare Sozialistin, die von den Linken in der Hauptstadt kultisch verehrt wird, aber eine sehr widersprüchliche Figur.

Sascha Drescher, sdrescher@junge-union.de



ZUR PERSON

Sascha Drescher

ist Mitglied im
JU-Bundesvorstand.

Das muss ja eine tolle Frau gewesen sein, die sich unbedingt verdient gemacht hat in unserer Geschichte oder um unser Gemeinwesen. Und tatsächlich, viele kennen sicherlich das berühmte Zitat "Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden" – ja, es stammt von ihr. Eine Selbstverständlichkeit bürgerlicher Aufklärung aus dem Munde einer Marxistin. Geschrieben 1918 im Breslauer Gefängnis und nach ihrem Tode 1922 publiziert, zog es um die ganze Welt. "Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung" lautet die Schrift, in der dieses Zitat verwendet wird. Weiter heißt es darin „Freiheit nur für die Anhänger einer Regierung, nur für die Anhänger einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit.“ Einige Seiten später tritt sie ein für eine "Diktatur des Proletariats": "Sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen". Die „Sicherung der bürgerlichen Demokratie“ hat dabei keinen Wert. „Freiheit ist immer die Freiheit

des anders Denkenden“, sofern also er im Sinne des Proletariates denkt.

Eine humane Welt durch inhumane Mittel?

Das positive Bild Luxemburgs bei ihren Verehrern beruht zu meist auf ihrem Antimilitarismus, ihrer kritischen Auseinandersetzung mit Lenin und ihren humanistischen Idealen. O.K., das ist verständlich. Doch was ist das für ein Antimilitarismus, der sich einerseits gegen den Ersten Weltkrieg richtet, andererseits aber von einer Revolution spricht, die nicht ohne die massive Anwendung von Gewalt auskommt (Flugschrift „Was will der Spartakusbund“, Herbst 1918). Zur Auseinandersetzung mit der imperialistischen Kapitalistenklasse schreibt sie weiter: „Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muss die revolutionäre Gewalt des Proletariates entgeggestellt werden.“

Schauen wir weiter. Was kritisiert sie an Lenin und an der bolschewistischen Revolution, die sich recht gewalttätig vollzogen

hat? Ihr Vergleich mit den Jakobinern in der Französischen Revolution lässt tief blicken: „Die Machtergreifung der Jakobiner erwies sich als das einzige Mittel, die Errungenschaften der Revolution zu retten, ...die revolutionäre Verteidigung nach innen wie nach außen zu organisieren, ...die revolutionäre Welle aus Frankreich über ganz Europa zu verbreiten.“

Allein dieser kleine Einblick in die Schriften Rosa Luxemburgs zeigt, was von ihrer Einstellung zu halten ist. Das Erreichen einer humanen Welt durch inhumane Mittel? Wer definiert eigentlich die Werte der gewünschten Welt?

Dass sich jetzt ausgerechnet die SPD in Berlin mit engagiert bei der Errichtung eines Denkmals, verwundert – zumal sie sich doch schon vor dem Ersten Weltkrieg von Rosa Luxemburg distanziert hat. Da hat sich im Geschichtsbewusstsein einiger Genossen wohl auch etwas verändert – wie bei anderen Grundsatzüberzeugungen auch. Wenn das mal nicht weiter um sich greift.

e

Thomas Winnig



JU-Wahlkämpfer in Rostock

Schwarzer Anstrich für Rostock

Eine Szenebeschreibung aus dem politischen Milieu
Mecklenburg-Vorpommerns

Im April wählen die Bürger unserer Hansestadt einen neuen Oberbürgermeister. Dabei mag die Formulierung „die Bürger“ etwas übertrieben erscheinen, da wohl doch nur ein Bruchteil der Wahlberechtigten sich den schönen Sonntag durch so etwas Lästiges wie demokratische Selbstbestimmung vermiesen lässt. Aber den verbleibenden 40-minus-X-Prozent werden wir ein Wahlkampfes der Extraklasse bereiten.

Das wird auch bitter nötig sein. Den in den politischen Verhältnissen des deutschen Nordostens unbewanderten Lesern sei hier verkündet, dass bei uns eine lokale Folkloretruppe ihr Unwesen treibt. Diese ergeht sich in merkwürdigen Riten wie DDR-Nostalgie, Klassenkampfbewusstsein und Forderungen nach Enteignung des Großkapitals. All das wäre vielleicht noch zu tolerieren, wenn sich zu diesen inhaltlichen Albernheiten nicht noch ein erschreckendes Maß an modischer Fixiertheit auf hippe Lederjacken aus den frühen 70ern gesellen würde. Dieser Brauch- und Trachtenverein trägt den Namen PDS. Erstaunlicherweise fährt er auch noch hohe Wahlkampfresultate ein. Des Weiteren hat sich bei uns in Rostock die SPD behaupten können, obwohl sie hier schon die letzten zwölf Jahre auf ihre ganz eigene Art und Weise wirkte. Nur wohlmeinende Kommentatoren mögen da noch von Regieren sprechen. Gehen

wir nach den Wahlkampfaussagen des SPD-Kandidaten und aktuellen Oberbürgermeisters Pöker (ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär aus Ostfriesland), dann lief während seiner Amtszeit alles super. Eigentlich müssten uns die Investoren doch die Bude einrennen, wagt er in strikter Missachtung seiner eigenen Leistungsbilanz zu bemerken. Dass SPD und PDS auch noch zusammen Rostocks Zukunft bestimmen, ergibt je nach Ansicht des Betrachters ein Trauerspiel oder eine Slapstickkomödie. Für uns ist es aber die traurige Realität.

Breiter Hoffungsstreifen am Horizont

Genug der Klage. Es gibt auch Positives zu berichten. Da der alte rot-rote Lack immer hässlicher abblättert, meint eine ständig wachsende Zahl von Bürgern, es ist Zeit für einen neuen Anstrich unserer Stadt. Da kommen nun wir ins Spiel, denn ein klassisches Schwarz ist bekanntlich

von zeitloser Schönheit. Um unseren CDU-Kandidaten, Alexander Prechtel (ehemaliger Generalstaatsanwalt Mecklenburg-Vorpommern), ins richtige Licht zu setzen, gibt es kein langweiliges Wahlkampfgetrommel und keine kleinen nichtssagenden Plakate. Statt dessen gehen wir ran an den Bürger. Die ausgetretenen Pfade altbackener Wahlkampfführung mit Informationsstand und Podiumsdiskussion haben wir nur beiläufig gekreuzt. Wir bekennen uns unverkrampft zum Showelement. Die inhaltliche Überlegenheit haben wir zwar über unsere Konkurrenten, doch müssen wir akzeptieren, dass immer weniger Bürger noch ein spürbares Interesse für substantielle Fragen besitzen. Dem wollen wir Rechnung tragen. Die Art des Wahlkampfes muss sich nach dem Publikum richten, sonst versagt man sich selbst den Erfolg. Den wollen wir in Rostock, denn es wird höchste Zeit für eine ausgewogene, bürgerliche Politik.

e

Der Autor

■ Thomas Winnig, 24, studiert Politik und Geschichte an der Uni Rostock und ist stellv. Kreisvorsitzender der JU Rostock.

Verfassungsbruch im Bundesrat

Daniel Eichler / Clemens Mindt,
autor@entscheidung.de

Der Sitzungssaal des Bundesrates

Interview mit dem Staatsrechtler Josef Isensee

Es dauerte nur vierzig Sekunden am 22. März 2002. Bundesratssitzung, Berliner Herrenhaus. Schriftführer: Brandenburg? Sozialminister Ziel (SPD): Ja! Landesinnenminister Schönbohm (CDU): Nein! Bundesratspräsident Wowereit: Damit stelle ich fest, dass das Land Brandenburg nicht einheitlich abgestimmt hat. Ich verweise auf Artikel 51, Absatz 3, Satz 2 Grundgesetz. Danach können Stimmen eines Landes nur einheitlich abgegeben werden. Ich frage Herrn Ministerpräsident Stolpe, wie das Land Brandenburg abstimmt. Stolpe: Als Ministerpräsident des Landes Brandenburg stimme ich mit Ja. Schönbohm: Sie kennen meine Auffassung, Herr Präsident. Wowereit: Damit stelle ich fest, dass das Land Brandenburg mit Ja abgestimmt hat.

Ob das umstrittene Zuwanderungsgesetz der Regierung Schröder den Bundesrat passieren würde, hing von den Stimmen der großen Koalition in Brandenburg ab. Die Zustimmung für das Gesetz seitens des Ministerpräsidenten Stolpe und der Brandenburger SPD war im voraus ebenso klar wie die Ablehnung seitens Landesinnenminister Schönbohm und der Brandenburger CDU. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU in Brandenburg sieht für diesen Fall eine Stimmenthaltung im Bundesrat vor. Ministerpräsident Stolpe hatte – wohl auf Schröders Geheiß – dennoch angekündigt, mit Ja stimmen zu wollen. Dass er damit den Koalitionsvertrag brechen würde, nahm er billigend in Kauf, drohte sogar damit, Schönbohm als Innenminister zu entlassen. Schröders Druck auf den Brandenburgischen Ministerpräsidenten muss nach der Äußerung Schröders, dass es keine Behandlung des Zuwanderungsgesetzes im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat geben werde, gewaltig gewesen sein. Schönbohm hat-

te vor diesem Hintergrund bereits im Vorfeld der Sitzung ein Gutachten bei dem Bonner Staatsrechtler Professor Josef Isensee eingeholt. Laut dessen Gutachten sind bei uneinheitlicher Stimmabgabe im Bundesrat die Stimmen eines Landes als ungültig anzusehen. Schönbohm folgte der Empfehlung Isensees und stellte zunächst einen Redebeitrag der Abstimmung voran, in dem er seine Ablehnung begründend darlegte. Der zwischen den Koalitionspartnern bestehende Dissens war nun unübersehbar, zumal Schönbohm den Bundesratspräsidenten gebeten hatte, keine weiteren Fragen während der Abstimmung zu stellen, da er bei seiner Ansicht bleibe. Als es nun zur Abstimmung kam, stand für die Union fest, dass Bundesratspräsident Wowereit die Verfassung gebrochen habe. Die Mehrheit der führenden deutschen Staatsrechtler, unter ihnen der frühere Bundesverfassungsgerichtspräsident Roman Herzog, gelangen in vorsichtigerer Sprache zum gleichen Ergebnis. Ebenso wie Isensee gehen sie davon aus, dass uneinheitlich abgegebene Stimmen als ungültig zu werten sind.

Die von Bundesratspräsident Wowereit getroffene Entscheidung, die Stimme des Ministerpräsidenten als einzig maßgebliche anzusehen, wird weithin als verfehlt angesehen.

„Es gibt im Bundesrat keinen Alleinentscheid des Ministerpräsidenten“

Zur Bundesratsdebatte und zur Entscheidung Wowereits haben wir Professor Josef Isensee telephonisch in Zagreb befragt.

ENTSCHEIDUNG: *Herr Professor Isensee, Wowereit, Stolpe und der Rest der SPD berufen sich darauf, dass im Bundesrat die Stimme des Ministerpräsidenten kraft der ihm durch die brandenburgische Landesverfassung verliehenen Richtlinienkompetenz als in einer solchen Situation ausschlaggebende anzusehen sei.*

Isensee: Der Bundesrat ist ein Organ des Bundes. Die aus der Landesverfassung resultierende Hierarchie greift nur auf Landesebene, nicht aber auf Bundesebene. Der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten kommt somit auf Bundesebene nur politische Bedeutung zu, sie zeitigt jedoch keine rechtliche Wirkung. Die Vertreter eines Bundeslandes sind ohne Rücksicht auf ihre Position innerhalb der Landesregierung in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Bundesrates gleichberechtigt und unabhängig. Für eine die anderen Stimmen bevormundende Gewichtung der Stimme des Ministerpräsidenten lässt sich folglich kein Anhaltspunkt ausmachen. Zudem wäre dieser Ansicht entgegenzuhalten, dass sonst alle anderen Mitglieder des Bundesrates überflüssig wären, dass der Bundesrat deshalb nur eine Art Ministerpräsidentenkonferenz bilden müsste.

ENTSCHEIDUNG: *Ihr Kollege Stern vertritt hierzu eine andere Ansicht. Um eine Ungültigkeit der Stimmen zu verhindern, will Stern der Stimme des Ministerpräsidenten das ausschlaggebende Gewicht geben.*

Isensee: Sterns Überlegungen sind nicht juristischer Natur, sondern vielmehr rechtspolitischer. Er führt keine Belege für seine Ansicht an. Aus juristischer Sicht hat seine Ansicht zur Ent-

scheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Abstimmung keinerlei Bedeutung. Das Grundgesetz verlangt die einheitliche Stimmabgabe aller Landesvertreter, es setzt deren Einigung voraus und fragt nicht, wie sie zustande kommt. Aber es ersetzt sie nicht von sich aus durch den Alleinentscheid des Ministerpräsidenten. Im Falle der Einigkeit aller Vertreter nimmt es ihn als Stimmführer hin, aber es begründet damit kein Stimmführerprinzip.

ENTSCHEIDUNG: *Stehen wir vor einer Grundgesetzänderung infolge dieses Debakels?*

Isensee: Ich hoffe und glaube nicht. Die bisherige Fassung des Artikel 51 GG ist eindeutig und verhindert faule Kompromisse. Zudem steht diese Regelung in langer verfassungsrechtlicher Tradition und hat sich bewährt.

ENTSCHEIDUNG: *Wie sehen sie den in der Vergangenheit häufiger ausgeübten Druck Schröders auf die Ministerpräsidenten?*

Isensee: Zu den Missständen des Föderalismus gehört seit langem der Kauf der Bundesratsstimmen eines Landes gegen die Zusage finanzieller Vorteile von Seiten des Bundes. Moralisch gesehen handelt es sich um Bestechung, verwaltungsrechtlich betrachtet liegt darin ein Verstoß gegen das Kopplungsverbot.

Es gibt keinen Präzedenzfall

Auch der von der SPD zum Präzedenzfall hochstilisierte Vorgang aus dem Jahre 1949 erweist sich bei genauerer Betrachtung für die verfassungsrechtliche Beurteilung der Abstimmung während der Bundesratssitzung vom 22. März als ungeeignet. In der Bundesratssitzung vom 19. Dezember 1949 hatte Bundesratspräsident Arnold (CDU), zugleich Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, trotz uneinheitlichen Abstimmungsverhaltens seiner Landesminister Steinhoff (SPD) und Halbfell (CDU) die Stimmen seines Landes als einheitlich abgegeben behandelt. 1949 waren das Grundgesetz und die Bundesrepublik noch jung, das Bundesverfassungsgericht noch nicht existent und niemand zweifelte an der Verfassungsmäßigkeit

„Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.“

Artikel 51, Absatz 3, Satz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

der Abstimmung. Stünden wir heute noch einmal an diesem Punkt, so müsste auch hier eine Überprüfung stattfinden. Mangels damaliger Überprüfung kann aber der Vorgang nicht stillschweigend als verfassungsgemäß angenommen werden. Von Gewohnheitsrecht, wie die SPD es hier gern sehen möchte, kann keine Rede sein. Hier kommt dem Betrachter das alte Sprichwort "Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter" in den Sinn. Heute sieht die Angelegenheit anders aus. Im Gegensatz zu Bundesratspräsident Arnold hatte Wowereit vom Direktor des Bundesrates auf Nachfrage den Rat erhalten, zunächst bei uneinheitlicher Stimmabgabe nochmals nachzufragen, versehen mit dem Zusatz, dass ansonsten die Stimmen als ungültig zu werten wären. Wowereit kannte die verfassungsgemäße Handhabe für diesen Fall. Er ignorierte bewusst den Rat des Bundesratsdirektors und verfuhr wider besseres Wissen und entgegen der Neutralitätsverpflichtung des Bundesratspräsidenten parteipolitisch gelenkt nach Schröders Gutsherrenart. Die Vorwürfe an die Union, man möge den Bundespräsidenten nicht unter einen solchen Entscheidungsdruck stellen, wirken grotesk. Es war doch gerade die SPD, die wissentlich die Verfassung brach, nicht die CDU.

e

ZUR PERSON

Professor Josef Isensee, Jahrgang 1937, lehrt seit 1975 Öffentliches Recht an der Universität Bonn. Er ist Verfasser und Herausgeber zahlreicher breit rezipierter Schriften zum Staatsrecht.



Heiko Rottmann, hrottmann@junge-union.de

Ohne Tritt Marsch!
Bundeswehr auf dem Weg ins Ungewisse

Sicherheit statt Risiko

Die Union darf sich in der sicherheitspolitischen Debatte einer Weiterentwicklung der Wehrpflicht nicht verschließen.

Der Wahlkampf hat nun auch die Bundeswehr erfasst. Die Frontleute von Bündnis 90/Die Grünen lassen zurzeit keine Gelegenheit aus, ihre Ablehnung gegenüber der Allgemeinen Wehrpflicht zu zeigen.

Erst unlängst haben Umweltminister Jürgen Trittin - in Verkennung seines eigenen zustimmenden Kabinettsvotums zur rot-grünen Bundeswehr-Struktur - sowie seine Parteifreunde Angelika Beer und Oswald Metzger wieder die Abschaffung des von ihnen so ungeliebten Dienstes gefordert. Tat-

kräftige Unterstützung erhalten sie dabei von Jürgen Möllemann (FDP) mit seiner geplanten Unterschriften-Aktion und selbst von Bundespräsident Johannes Rau (SPD), der eine breite Debatte über Deutschlands Wehrform anstoßen möchte. Diese tagespolitischen Auseinandersetzungen um die Wehrpflicht

sind jedoch wenig hilfreich und tragen nicht zur Sicherheitsvorsorge bei. Vielmehr braucht Deutschland nach den Terrorakten von New York und Washington am "11. September" ein integriertes Gesamt-Verteidigungskonzept. Gerade die Ereignisse des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass sich innere und äußere Sicherheit heute nicht mehr voneinander trennen lassen. Unser Land muss angesichts vieler Ungewissheiten zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung sowie in der Erfüllung internationaler Verpflichtungen auch weiter hinreichend flexibel sein, um auf unerwartete Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Die Wehrpflicht ist zwar ein tiefer Eingriff in die Freiheitsrechte des Staatsbürgers. Sie findet ihre Rechtfertigung aber darin, dass der Staat seiner Pflicht zum Schutz der Grund- und Freiheitsrechte nur mit Hilfe der Bürger nachkommen kann. Dienst aufgrund der Wehrpflicht und individueller Grundrechts-Anspruch stehen so in einem engen Zusammenhang. Auch eine mögliche, zeitlich in weiter Ferne vermutete Gefahr kann zur Rechtfertigung genügen. Der Staat ist seinen Bürgern gegenüber schließlich zu weitestmöglicher Risikovorsorge verpflichtet.

Union darf sich nicht der Debatte verschließen

Allerdings darf sich auch die Union nicht einer Debatte um eine Reform des Grundwehrdienstes in Deutschland verschließen, zumal die rot-grüne Bundeswehr-Reform getrost als gescheitert angesehen werden kann. Der Maßstab für eine vorausschauende und vorsorgende umfassende Sicherheitspolitik muss das Sicherheitsbe-

dürfnis der Bevölkerung sein und nicht etwa die Kassenlage des Finanzministers. Die Union wird deshalb in ihrer künftigen Regierungsverantwortung nicht an einer Weiterentwicklung der Wehrpflicht entsprechend der Entwicklung aktueller und künftiger Schutzbedürfnisse vorbeikommen.

Dabei muss auch die Frage erlaubt sein, wie eine neue Form der Landesverteidigung, des Heimat- und Katastrophenschutzes im Innern geschaffen werden kann. Dabei muss es auch erlaubt sein zu fragen, ob eine weitere Verkürzung des Grundwehrdienst-Zeit angesichts veränderter äußerer Bedrohungen möglich ist, wie sie etwa der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, unlängst forderte und wie sie die "wehrhafte" Schweiz mit einer auf viereinhalb Monate verkürzten

"Rekrutenschule" künftig praktizieren wird. Vor allem aber wird es die Union - unabhängig von der Wehrform - bewerkstelligen müssen, das Vertrauen der gesamten Streitkräfte in ihre politische Führung wiederherzustellen. Der jüngste Bericht des Wehrbeauftragten des Bundestages, Willfried Penner (SPD), ist ein weiteres Zeugnis für das Scheitern der rot-grünen "Bundeswehr-Reform". Er zeigt zu Recht, dass das Vertrauen der Truppe in die politische Leitung nachhaltig erschüttert ist. Eine Reform der Reform ist notwendig, oder, wie Verteidigungsminister Rudolf Scharping selbst immer tönt, "eine Reform von Grund auf". Deshalb kann für Scharping der Tagesbefehl am 22. September nicht auf "Weitermachen" lauten, sondern nur noch: "Herr Minister, abtreten!"

e

ZUR PERSON

Heiko Rottmann

ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union Deutschland.



Rekruten bei der Ausbildung

Jugendschutzgesetz: ankündigen und zurückrudern

Lars Rohwer, L@rs-Rohwer.de



Wie Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) kürzlich noch ankündigte, plante die Bundesregierung ein neues Jugendschutzgesetz. Nach den Überlegungen von Frau Bergmann sollten die Altersgrenzen zum Besuch von Gaststätten und Discotheken abgesenkt und die Ausgehzeiten von Kindern und Jugendlichen verlängert werden. Jetzt wird die dringend notwendige Reform einmal mehr auf die lange Bank geschoben. In dieser Legislaturperiode ist nicht mehr mit einem Gesetzentwurf zu rechnen, heißt es aus dem Ministerium. Doch was die Ministerin geplant hatte, wies ohnehin große Schwächen auf.

„Anstatt nur zu quatschen sollte die rot-grüne Bundesregierung lieber endlich ihre Hausaufgaben machen.“

LARS ROHWER

Die persönliche Freiheit eines Menschen gehört zu den höchsten Gütern unserer Demokratie. Das gilt natürlich auch für die Freiheit eines Kindes. Jedoch wird niemand bestreiten, dass Kinder und Jugendliche auch Regeln zu ihrem eigenen Schutz benötigen. Diese Regeln müssen Erwachsene aufstellen.

Der Grund dafür ist einleuchtend: In ihrer Entwicklung stehen junge Menschen vielfach vor der Situation, die Grenzen ihres Handelns noch nicht zu kennen. Diese Grenzen werden von ihnen ausgelotet, oft auch überschritten – wer von uns erinnert sich nicht selbst an die eine oder andere "Jugendsünde"?

Allerdings kann das Überschreiten von Grenzen auch Gefahren in sich bergen, die junge Menschen allein noch nicht abschätzen können. Die Kinder vor diesen Gefahren zu schützen, ist zuallererst Aufgabe der Eltern. Doch auch der Staat hat die Aufgabe, die Eltern beim Schutz der Kinder zu unterstützen. Darum gibt es das Jugendschutzgesetz.

Das bestehende Gesetz ist dringend reformbedürftig. Die Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün aus dem Jahr 1998 enthielt die Ankündigung einer baldigen Reform des Jugendschutzes. Bis heute aber liegt nicht einmal ein Referentenentwurf vor, noch nicht einmal die Abstimmung mit dem Justizministerium ist erfolgt. Bis jetzt gibt es nur verbale Äußerungen der Ministerin. Diese Ankündigungen hat die Ministerin jetzt auch schon wieder zurückgenommen: Aus „Zeitknappheit“, so heißt es, wird es in dieser Legislaturperiode keinen Gesetzentwurf mehr

geben. Die Bundesregierung hätte jedoch längst handeln müssen.

Bergmann-Pläne konterkarieren Äußerungen der Kanzler-Gattin

Die bisherigen Überlegungen von Frau Bergmann zu längeren Ausgehzeiten der Kinder und Jugendlichen deuten auf nicht mehr als ein reines "Lockerungsgesetz" hin. Dabei hatte Kanzlergattin Doris Schröder-Köpf erst vor kurzem gefordert, Kinder müssten wieder strenger erzo-gen werden und früher ins Bett gehen. Nun will die Regierung ihres Mannes das genaue Gegenteil erreichen.

Dabei haben schon heute sechsjährige Kinder die Freiheit, alleine bis 20 Uhr ins Kino zu gehen. Die Bundesregierung will diesen Zeitrahmen nun auf 21 Uhr ausdehnen. Doch ist das wirklich notwendig? Schließlich können Kinder schon heute eine Spätvorstellung besuchen – in Begleitung von Erwachsenen. Das Gespräch mit Eltern ist für Kinder aber wichtig, um Erlebnisse besser zu verarbeiten und richtig einzuordnen – nicht nur nach aufregenden Kinofilmen. Kinder- und Jugendschutz ist mehr als nur eine Beschränkung von Ausgehzeiten oder des Zugangs zu Zigaretten und Alkohol. Er geht weit über das Aufstellen von Regeln hinaus und ist vielmehr eine Investition in die Selbständigkeit und Sozialkompetenz junger Menschen. Das neue Jugendschutzgesetz darf nicht nur aus Verboten bestehen, sondern muss junge Menschen schützen, indem es sie fördert. Stichwort Kompetenz: Durch Bildungs- und Aufklärungsangebote müssen junge Menschen in die Lage versetzt werden, drohende Gefahren selbst zu erkennen und die bestehenden Regelungen als sinnvoll zu verstehen. Dabei spielt auch der Jugendmedienschutz eine wichtige Rolle.



ZUR PERSON

Lars Rohwer

(30) ist Mitglied des Landtages des Freistaats Sachsen und jugendpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Mehr Infos unter:
www.lars-rohwer.de

Voll ins Schwarze traf die CSU mit ihrem Slogan "näher am Menschen" bei den Kommunalwahlen in Bayern: Mit 45,5 Prozent konnte sie ihre starke Position - nach 41,9 Prozent in 1990 und 43,1 Prozent in 1996 - noch einmal deutlich ausbauen und in allen sieben Regierungsbezirken zulegen. Wer wollte da bestreiten, dass die CSU wirklich "näher am Menschen" ist als alle anderen Parteien und Wählergruppen in Bayern?

Der SPD ist ihr voreiliger Jubel über nur vorläufige Wahlergebnisse mittlerweile im Halse stecken geblieben. Sie gewann zwar die ins Zentrum des Medieninteresses gerückte Oberbürgermeisterwahl in München und konnte in Nürnberg, Fürth und Augsburg die Chefsessel zurückerobern, die sie in früheren Jahrzehnten ohnehin überwiegend inne hatte. Doch trotz dieser Erfolge fuhr sie mit landesweit nur 25,2 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis der letzten 50 Jahre ein. Viele Einzelergebnisse zeigen: „Näher am Menschen“ zu sein, erfordert nicht nur eine glaubwürdige Politik vor Ort, sondern auch Kandidaten, die sie überzeugend vermitteln können. Dass dabei Kompetenz allein nicht genügt, sondern auch die Sympathiewerte stimmen müssen, mag manches unerwartete Ergebnis erklären. Nicht selten waren die Wähler nämlich zu überraschenden Wech-

CSU – näher am Menschen

Thomas Silberhorn,
tsilberhorn@junge-union.de

seln bereit. Reihenweise mussten amtierende (Ober-)Bürgermeister ihre Sessel räumen - in Würzburg, Passau und Lichtenfels für die CSU. Bei abnehmenden Wählerbindungen an eine bestimmte Partei verflüchtigt sich offenbar auch der Amtsbonus.

Die CSU konnte in zahlreichen Gemeinden, Städten und Landkreisen mit neuen und jungen Bewerbern überzeugen: Allein 16 von 45 CSU-Landräten wurden neu gewählt, ebenso 32 von 80 Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in Gemeinden über 10.000 Einwohner. Der Generationswechsel ist damit ausgesprochen gut gelungen.

Junge Union stellte 5.000 Kandidaten

Mit mehr als 5.000 Kandidaten hat die Junge Union Bayern einen herausragenden Anteil am Wahlerfolg. Neben mehreren hundert Gemeinde-, Kreis- und Stadträten wurden 17 JU'ler zu Ersten Bürgermeistern gewählt, darunter der erst 24-jährige Andreas Meier aus Windisch-Eschenbach in der Oberpfalz als Bayerns jüngster. Der 35-jährige Martin Bayerstorfer aus der JU wurde mit einem Traumergebnis von 67,9 Prozent Landrat von Erding. Und der stellvertre-

tende JU-Landesvorsitzende Manfred Weber wird in den Bayerischen Landtag nachrücken. Mit einem ihrer besten Ergebnisse bei den Kommunalwahlen hat die Junge Union Bayern einmal mehr bewiesen, dass die Zukunft der CSU bei ihr zu Hause ist. Dabei ist ein Trend zu Gunsten junger Kandidaten unverkennbar. Das Negative-Image der politischen Klasse trägt wohl dazu bei, dass viele Wähler einfach neue und das heißt vor allem jüngere Gesichter sehen wollen. Nach dem Motto "Man wählt so jung, wie man sich fühlt" geben gerade die Älteren der Jugend eine Chance und wählen gezielt ihre Enkelgeneration. Die personelle Verjüngung muss jetzt bei der Aufgabenverteilung in den Fraktionen ihre Fortsetzung finden. Und die neu gewählten Mandatsträger dürfen sich an die Arbeit machen, um den Vertrauensvorschuss ihrer Wähler zu rechtfertigen. Für neue Ideen ist jedenfalls genügend Platz, wenn sie nur zielstrebig und mit der nötigen Beharrlichkeit verfolgt werden. Und wenn bei aller politischen Genialität eine Portion Bescheidenheit nicht verloren geht, stehen die Aussichten gut, dass CSU und JU weiterhin erfolgreich bleiben - näher am Menschen.

Bayern ist schön – Bayern bleibt schön. Die CSU hat die Kommunalwahl klar gewonnen.

ZUR PERSON

Thomas Silberhorn ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union Deutschland und Gemeinde- und Kreisrat in Bayern.



Pawlowsche und andere Reflexe

Ralf Weidner, ralf.weidner@cdu.de



Erklärungsnotstand: NRW-SPD-Vorsitzender Schartau und sein Amtsvorgänger Franz Müntefering müssen unangenehme Fragen beantworten.

Pawlowsche Reflexe sind solche, die eine Reaktion auslösen, sobald ein äußerer Reiz wahrgenommen wird. So hatte der russische Physiologe Pawlow Hunden vor ihrer Fütterung stets ein Klingelsignal präsentiert. Die Folge: Bei den Tieren konnte beim Klingeln ein erhöhter Speichelfluss – Vorbereitung der Nahrungsaufnahme – festgestellt werden, egal, ob Futter gereicht wurde oder nicht. Nun kann man sich fragen: Was hat das Ganze mit dem Menschen im Allgemeinen oder der Politik im Besonderen zu tun?

Vor wenigen Wochen trat zutage, was unter den Begriffen „Kölner SPD-Parteispendenaffäre“ oder „SPD-Spendenskandal“ firmiert. Hier wurden Machenschaften führender Kölner Genossen bekannt, die über Verstöße des Parteiengesetzes bei weitem hinausgehen. Eben diese Begriffe „Spendenskandal“ und „Parteispendenaffäre“ sind Reizauslöser. Nur – und das unterscheidet unsere Gesellschaft schon von den pawlowschen Erkenntnissen – lösen sie keineswegs überall die gleichen Reize aus. Da ist die Reaktion der SPD. Ihre Führung verkündet, es handele sich um bedauerliche Einzelfälle, die auf Köln beschränkt seien. Franz Müntefering, SPD-General und bis vor kurzem SPD-Landesvorsitzender in NRW, versprach die umgehende und schonungslose Aufklärung, und dass man sich wohlthuend von der CDU abheben werde. Im Übrigen werde man „Ehrenerklärungen“ (nicht zu verwechseln mit Ehrenwort!) einholen, schwarze Schafe aus der Partei werfen und sich zivilrechtlich schadlos halten. Bei vielen CDU-Mitgliedern trieb der Begriff der Spendenaffäre den Schweiß auf die Stirn, wurden sie doch unwillkürlich erinnert an die Zeit, die

Ende 1999 begann und schier nicht zu enden schien: die CDU-Spendenaffäre. Sie wurden daran erinnert, dass die CDU – trotz oder wegen der Verfehlung Einzelner – unter Generalverdacht gestellt worden war, korrupt zu sein. Sie wurden erinnert, dass SPD-Fraktionschef Struck der Union öffentlich das moralische Recht absprach, dieses Land zu regieren. Auch die Reaktion der Medien darf nicht vergessen werden.

„Spendenskandal“ damals war für politische Berichterstatter eine Handlungsaufforderung, geradezu ein Imperativ, investigativ tätig zu werden. Und es wurde berichtet und kommentiert.

Kein journalistischer Beißreflex bei der SPD

Nach dem Bekanntwerden der SPD-Korruptionsaffäre in Köln wurde sehr schnell deutlich, dass die Bemühungen einer lückenlosen Recherche, quasi der Beißreflex bei den meisten Journalisten, in diesem Fall nur schwach vorhanden war. Berichteten bei der CDU-Spendenaffäre doch allein ARD und ZDF in 13 Sondersendungen über die neuesten Entwicklungen, wobei Fakten und Mutmaßungen genauso vermengt wurden wie Rechtsverletzungen und Straftaten. Auch wenn sich der rote Filz nicht mehr auf Köln beschränken ließ, auch wenn besagter Franz Müntefering der SPD an Rhein und Ruhr vorstand (aber nach eigenem Bekunden keinerlei Rechte hatte, von Wissen ganz zu schweigen), wurde die SPD-Spendenaffäre zu einem lokalen Ereignis eingedampft. Mehr noch: zu einer typischen Erscheinungsform kölscher Lebensart, dem "kölschen Klüngel". Abgesehen davon, dass "Klüngel" etwa soviel mit "Korruption" zu tun hat wie "Gustav" mit "Gasthof", scheint in der Phänome-

nologie der Begriffe doch Methode zu liegen. Die Auswüchse, die sich bei der SPD zeigen, werden zu einem lokalen, aber allgemeinen Zustand definiert nach dem Motto: "So sind sie, die Kölner". Auf diese Weise erhält dann auch die in der Presse gerne vorgetragene Aussage, es sei auffällig, wie zurückhaltend die CDU mit dem Thema verfare, einen eigenen Sinngehalt.

Dass die SPD-Führung so reagiert wie beschrieben, ernüchert und bestätigt zugleich. Es ernüchert, weil die Genossen durch den Blick auf den eigenen Sumpf zu der Einsicht hätten gelangen können, dass es moralisch fragwürdig, aber auch strategisch falsch ist, mit Häme auf Verfehlungen des politischen Gegners reagiert zu haben. Es bestätigt aber auch die Einstellung zur Ehrlichkeit, zumindest eines führenden Genossen wie Franz Müntefering, der vor nicht allzu langer Zeit kundtat, man dürfe schon einmal die Unwahrheit sagen, wenn es der Partei nutze. Die Union verhält sich zurückhaltend, nicht aus taktischen Gründen, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass pauschale Verurteilungen Andersdenkender inakzeptabel sind. Bleibt noch die Frage, warum die Medien nicht mit der gleichen Energie agieren wie seinerzeit, als ohne Erfolg versucht worden war, die CDU-Spendenaffäre zur größten Korruptionsaffäre in der Geschichte Deutschlands seit Karl dem Großen zu machen. Unter anderem mag es damit zu tun haben, dass die der Union nahe stehenden Journalisten eben die gleichen Hemmungen haben, wie die Union selbst, während ihre linken Kollegen eher geneigt sind, die "Sprachregelung" aus der SPD-Parteizentrale zu übernehmen. Eine letzte gültige Antwort ist nicht greifbar.

e

„Politik ist ein großer Spaß“

Konstantin Schwab



Das Ziel fest im Blick: Jens Spahn will nach Berlin



Der Kandidat im Wahlkampfeinsatz

Jens Spahn ist mit 21 Jahren der jüngste Bundestagskandidat.

Mit 21 in den Bundestag? Geht das überhaupt? Jens Spahn will es wissen. Der Jungkandidat aus Ahaus im Landkreis Borken (NRW) tritt an, um sein Hobby zum Beruf zu machen. „Politik ist ein großer Spaß“, meint Spahn und stürzt sich in den Wahlkampf. Er ist der jüngste Bewerber um einen Bundestagswahlkreis in ganz Deutschland und hätte in der Tat Chancen auf den Titel „Jüngster Abgeordneter aller Zeiten“.

Neue Serie:

Junge ins Parlament.
JU-Kandidaten für
den Bundestag

Die Bundestagskandidatur in dem neu geschaffenen Wahlkreis Borken I/Steinfurt I an der niederländischen Grenze war für ihn eine „riesige Chance“, sagt Spahn. Selbstbewusst geht Spahn damit um, wenn ihm sein jugendliches Alter als Nachteil im politischen Geschäft ausgelegt wird: „Wenn meine Jugend ein Makel ist, ist es eins der wenigen, die mit der Zeit abnehmen“. Bei der Nominierungsversammlung hatte er es mit einem gut dreißig Jahre älteren Gegenkandidaten zu tun. Die Delegierten hielten letztendlich aber den Youngster für die bessere Wahl und schickten ihn ins Rennen.

„Mit einiger Zuversicht“ sehe er der Wahl entgegen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat für den Wahlkreis einen Vorsprung der

Union errechnet. Spahn hat deshalb Grund zu hoffen, im September seinen Arbeitsplatz bei einer Immobilienbank gegen ein Abgeordnetenbüro eintauschen zu können. Auf die Themen Rente, Gesundheit und Bundeswehr will er sich dann konzentrieren und vor allem seinen Wahlkreis gut vertreten. „Frische Ideen und unkonventionelle Vorschläge“ sollen dabei zu seinem Markenzeichen werden – ein Prinzip, nach dem er auch schon seine Arbeit als Ratsherr in Ahaus und als JU-Kreisvorsitzender in Borken (2.500 Mitglieder) gemacht hat. Die Wurzeln seines gesellschaftlich-politischen Engagements liegen im kirchlichen Bereich und in der Jugendverbandsarbeit. Seit vielen Jahren arbeitet Jens Spahn bei der KJG mit und ist seit 1998 BDKJ-Kreisvorsitzender in Borken.

Wenn der Terminkalender des Kandidaten es zulässt, fährt er mit dem Motorrad durch seine münsterländische Heimat und versucht, das Ohr am Volk zu halten. Der persönliche Kontakt zu Freunden und Besuche am Stammtisch und beim Schützenfest sind ihm dabei wichtig.

Spahn hat sich ein junges Team zusammengeholt, das seine Kampagne mit ihm gemeinsam planen und unterstützen wird. Wahlkreisvertreter in Berlin und gleichzeitig Interessenvertreter der Jungen in der CDU, so will Spahn sich und seine Arbeit sehen. Mit der öffentlichen Diskussion um seine Person und mit Angriffen des politischen Gegners geht er gelassen um. „Ich stehe gerne in der Öffentlichkeit. Meine Politik mache ich ohne Netz und doppelten Boden.“

e

Sprengstoff für den Wahlkampf

Michael Spreng, Medienberater des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Edmund Stoiber, überragt mit seinen 1,98 Meter nicht nur buchstäblich den größeren Teil des Wahlkampfgetümmels. Beim Deutschlandrat der Jungen Union im März in Hamburg vermittelte er auch sonst den Eindruck, alles im Griff zu haben.

„Wenn vor einem halben Jahr jemand gesagt hätte, dass wir die Bundestagswahl gewinnen können...“, beginnt Michael Spreng sein Referat. Nachdenkliches Nicken im Saal beim Gedanken an den Stimmungsumschwung der letzten Monate, hier und da ein verhalten optimistisches Lächeln. Und dann geht es direkt ins Thema, in den Wahlkampf mit und für Edmund Stoiber, in den Auftrag des Michael Spreng, der über „Medienberatung“ weit hinausgeht.

Medienprofi Spreng breitet den Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber vor den Zuhörern aus, immer im Vergleich zu Amtsinhaber Schröder. „Mediale Geschmeidigkeit“ dort, „mediale Sperrigkeit“ hier, „der inszenierte Schröder“ dort, „der echte Stoiber“ hier. Der „ernste Mann für ernste Zeiten“ fehlt ebenso wenig wie die „Kantigkeit“ als positive Wendung der in übel wollenden Medien proklamierten Unbeholfenheit Stoibers

im Umgang mit Journalisten. Fast jeder Satz ein druckfähiges Zitat, kurze Sätze, oft unvollständig. Der breite, bildhafte Sprachschatz eines Menschen, der als Chefredakteur der "Bild am Sonntag" über Jahre auf kleinstem Raum formulierte. Alles deckt Spreng ab, vermittelt Einblicke in die Wahlkampfetage des Konrad-Adenauer-Hauses ("Arena 02"), wo er seine Rolle hinter den Kulissen sieht. Offene Flanken scheint er zu wittern und pariert Fragen, die noch gar nicht gestellt wurden. Etwa nach seinem Verhältnis zum Parteiapparat der Unionsgeschwister: "Wer außen vor ist, kann vielleicht besser drin sein." Und als Erklärung: „Mein Vorteil ist: Am 22. September ist Schluss. Ich kann niemandem etwas wegnehmen und ich will niemandem etwas wegnehmen.“ Persönliche Zukunftsplanung: „Ich gehe am 22. September in Urlaub.“ Oder die Wahlkampfgremien der Union,

da gibt es zum einen das „Team 40plus“ als „Kondensat der Präsidien“ und zum anderen den Beraterkreis, der die Landesverbände und Vereinigungen der Union einschließt und so Spreng an die Parteien ankoppelt. Wie das konkret funktioniert? Allmorgendlich eine Schaltkonferenz von Parteivorsitzenden, Generalsekretären und der Bundestagsfraktionspitze aus Merz und Glos sowie regelmäßige Treffen des Beraterkreises. Spreng ist überall dabei, hört zu, denkt mit und konzipiert die Vermittlung. Fertig ist die Wahlkampfmaschine der Union. Nichts scheint einfacher zu sein, als Wahlkampf für Edmund Stoiber zu machen. Spreng wirkt unaufgeregt und zuversichtlich. Nur: „Es soll nie der Eindruck entstehen, dass aus Bayern ganz Deutschland werden soll.“ Aber auch das ist kein Problem. Ansonsten ist Stoiber nun mal so, wie er eben ist: „echt“. Oder: „Edmund Stoiber ist die Absage an eine Amerikanisierung des Wahlkampfes“, im Gegensatz zum „virtuellen Wohlfühlkanzler“ Schröder. Immer neue Variationen über den Wettbewerb von zwei völlig unterschiedlichen Menschen, die für zwei grundverschiedene Ansätze stehen: zu leben, zu regieren und Wahlen zu gewinnen.

»Mehr Qualität statt mehr Geld«

Als JÜler engagierte sich Wolfgang Peiner auf Deutschlandtagen nach eigener Aussage meist in der "Kommission 5", obwohl es offiziell nur derer vier gab. Das hat ihm bei seiner steilen beruflichen Karriere bis zum Vorstandsvorsitzenden einer Versicherung offensichtlich nicht geschadet. Inzwischen ist Peiner nicht nur Bundesschatzmeister der CDU, sondern als Hamburger Finanzsenator vor allem mit der Haushaltssanierung der klammen Hansestadt beschäftigt. Dennoch zeigt sich der CDU-FDP-Schill-Senat entschlossen, die Zukunft Hamburgs zu gestalten und nicht nur den Mangel zu verwalten. Wie das geht, erklärte Dr. Wolfgang Peiner den Deutschlandräten der Jungen Union im März in Hamburg.

Wenn ein Finanzsenator über die zukünftigen Aufgaben der Landespolitik spricht, dann wird niemand kostspielige Versprechungen erwarten. Doch die Konsequenz, mit der Hamburgs Finanzchef Dr. Wolfgang Peiner das Motto "Mehr Qualität statt mehr Geld" variiert, ist dann doch überraschend.

Gutes Regieren sei keine Frage des Geldausgebens, so Peiner gleich eingangs. Dies gelte vor allem für die Bildung. Hamburg habe mehr und besser bezahlte Lehrer pro Schüler als die meisten anderen Bundesländer: Während in Baden-Württemberg nur rund 8.000 Mark jährlich pro Schüler ausgegeben würden, seien es an der Elbe etwa 13.000 Mark. Das Ergebnis seien besser bezahlte Lehrer und kleinere Klassen, aber keineswegs ein höherer Bildungserfolg, schon gar nicht bei den Gesamtschulen. Also müsse umgedacht und umgesteuert werden, aber nicht mit mehr Geld.

Zweite Großbaustelle der Hamburger Politik: die Innere Sicherheit. Hier habe man Landesbedienstete aus anderen Bereichen abgestellt und so viele ausgebildete Polizisten vom Schreibtisch auf die Straße bekommen, berichtet Peiner. Beamte über 60 dürften auf Wunsch weiter Dienst tun, was zwar zu einem Aufschrei bei der Gewerkschaft, aber zu deutlich höherer Präsenz von Uniformierten in der Öffentlichkeit geführt habe. Die Folgen: ein verbessertes subjektives Sicherheitsgefühl der Hamburger und ein Ausweichen der offenen Drogenszene. Vor



Hamburgs Finanzsenator Wolfgang Peiner zu Gast beim JU-Deutschlandrat.

allem den Hamburger Bahnhof könne man jetzt wieder sicher betreten, auch abends.

Alles Erfolge von Schill? Nein, vielmehr Erfolge des gesamten Senats, in dem im übrigen die Kollegen von FDP und Schill-Partei „sehr kollegial“ mitarbeiteten. Auch der angebliche Drogenkonsum Schills sei eine Geschichte vor allem der überregionalen Medien und habe die Drei-Parteien-Koalition eher zusammenschweiß. Dennoch bleibe Schill ein Konkurrent, der auch im CDU-Wählerpotential wildere. Daher, glaubt Peiner, müsse die CDU das Thema Innere Sicherheit wieder überzeugend besetzen und so der „Ein-Themen-Partei“ den Nährboden entziehen. Doch solange die

CDU in der Hansestadt strukturell nicht allein mehrheitsfähig sei, müsse Schill sein, wenn auch auf niedrigem Niveau. So könne man auch ehrgeizige Projekte angehen wie die Haushaltssanierung bis 2004 und die Olympia-Bewerbung 2012, die erst den Blick richtig freigemacht habe für eine Bestandsaufnahme der infrastrukturellen Mängel Hamburgs. Die Stadt müsse dringend wachsen, das Ziel seien zwei Millionen Einwohner. Aber nicht vergessen: „Mehr Qualität statt mehr Geld“ bleibe die Maxime. Dabei sei selbst dieses Credo beim Senatskollegen aus dem Bildungsressort entlehnt, wie der Finanzsenator zugab - vermutlich aus Kostengründen.



Podium zur PISA-Studie: Dr. Jan Poerschke von der Hamburger Schulbehörde, der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Bildungspolitik, Heribert Reul, Heiko Rottmann, JU-Bundesvorstandsmitglied, und Dr. Dirck Süß von der Handelskammer Hamburg.

JU-Deutschland tagte in Hamburg

Am 15. und 16. März traf sich der Deutschlandrat der Jungen Union in Hamburg. Bildung und Wahlkampf standen im Zentrum der Beratungen. Der Hamburger Finanzsenator und CDU-Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner sprach am Freitagabend zu den JUlern. Am Samstagvormittag umriss zunächst Michael Spreng, Leiter des nach ihm selbst benannten Wahlkampfteams von Edmund Stoiber, seine Vorstellungen für einen erfolgreichen Unions-Wahlkampf. Anschließend ging es in die politische Detailarbeit, als sich das Podium zum Thema "Konsequenzen aus der PISA-Studie füllte".

www-tipp

Der Beschluss steht im Netz auf der JU-Homepage: www.junge-union.de

Podiumsdiskussion zur PISA-Studie

Zwischen Dr. Jan Poerschke, dem Koordinator für die PISA Studie in der Hamburger Behörde für

Bildung und Sport, und Dr. Dirck Süß von der Handelskammer Hamburg nahm als Vertreter der Politik der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Heribert Reul Platz. Und Reul fand deutliche Worte für den Bildungsstandort Deutschland: "Die Grundschulen haben sich zum "Phantasialand" zwischen den Ferien entwickelt", diagnostizierte Reul mit Bezug auf einen Freizeitpark bei Brühl. Einig waren sich die Diskutanten darin, dass mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nötig sei. Dr. Poerschke legte Wert auf die Feststellung, dass eine Gesamtschule auch positive Auswirkungen auf den Bildungsstandard haben könne, während Dr. Süß die Krise als dramatisch und zugleich als Chance bezeichnete. Abschließend plädierte der studierte Lehrer Reul leidenschaftlich für die Ermöglichung von

Studiengebühren: "Durch die Tabuisierung geht uns immer wieder ein weiteres Jahr verloren."

JU-Konzept zur Hochschulfinanzierung beschlossen

Die JUler beherzigten dies bei der anschließenden Antragsberatung. In ihrem Konzept zur Hochschulfinanzierung fordert die Junge Union Deutschland die Stärkung der Hochschulautonomie. Ihre Studenten sollen sich die Hochschulen selbst aussuchen können und gegebenenfalls auch Gebühren von ihnen verlangen. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) könne damit aufgelöst werden. Um die Studierfähigkeit der Abiturienten zu sichern und eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten, fordert die Junge Union die Einführung des Zentralabiturs in allen Ländern, und das nach zwölf Jahren.



Schwerelose Aufgeregtheit

Christian Jung
autor@entscheidung.de

BUCHTIPP

■ Alexander Ossang:
Die stumpfe Ecke.
Alltag in Deutschland.
25 Porträts und ein
Interview, Verlag Ch.
Links, 3., erweiterte
Auflage, Berlin 2002.


Jeder Mensch hat eine Geschichte, eine spannende und erzählenswerte. Doch nur die „Gesellschaftstaucher“ können über die unterschiedlichsten Individuen berichten, indem sie ihre eigene Person zurückstellen, beobachten und das Geschehene detailreich aufzeichnen. Diese Kunst beherrschen nur wenige, Alexander Ossang ist einer davon. Der heutige New Yorker Spiegel-Korrespondent und mehrfache Kisch-Preisträger zeichnet in seinen Alltagsporträts die Schicksale von 25 Durchschnittsmenschen, vornehmlich aus dem Berliner Osten, nach der Wiedervereinigung 1992 und 1993 auf. Der Autor arbeitete damals als Chefreporter für eine Berliner Zeitung und erlebte hautnah den Transformationsprozeß der alten Hauptstadt mit, die noch nicht begriffen hatte, dass sie auch die neue ist.

Bei Ossang steht nicht die High Society im Mittelpunkt, sondern kommt nach der dahendorfschen Gesellschaftspyramide folgend eher der „Kaffeersatz“ der Gesellschaft zum Vorschein: „Die stumpfe Ecke“ ist eine Kneipe in Oberschöneweide. Sie wird jeden Tag in den Morgenstunden von Kohle-Kalle, Willy, Conny und dem Heizer vom Kino UT aufgesucht. Einige Biere werden dann nach der Nachtschicht im nahen Kabelwerk runtergeschüttet, damit die Arbei-

ter die Chance haben, überhaupt schlafen zu können. Manchmal verpassen sie aber auch den Absprung in ihre Betten und bestellen weitere Biere. Dann erzählen sie von ihren Schicksalen und ermöglichen seltene Einblicke. Andere Kneipenbesucher sind mittlerweile arbeitslos. Die Perspektiven sind schlecht und die Erinnerung an die Wohlfühl-nischen in der Damaligen Demokratischen Republik erwachen im Morgen-grauen. Dann hat Erika Trusch schon längst mit ihrer Arbeit als Köchin im früheren „Haus der Ministerien“ begonnen. Seit 20 Jahren steht sie jeden Tag um vier Uhr auf, um rechtzeitig in die Großküche der Treuhandanstalt zu kommen. „Tiefgefrorenes Mischgemüse wird in schweren Kartons herangeschleppt, die Pilze warten in dicken Plastiksäcken, die Kartoffeln sind geschält, das Fleisch schon am Vortag gewürzt und eingelegt, Margarine und Butter liegen in großen Schüsseln, Hilfsköche und Transportarbeiter schwappen Himbeermark und Tomatenketchup in Edelstahlbottichen herbei.“

Alexander Ossang vergisst nichts. Die Jugendträume von Erika Trusch sind verflogen. Doch im Gegensatz zu manchem „Stasi-Würstchen“ geht es ihr zu-friedenstellend: Der Major der Staatssi-cherheit, Günther Krause, tuckert seit

der Wende als Straßenbahnfahrer durch die Stadt und wartet jeden Tag auf seine Kündigung. Dagegen wird Frank W. seine Vergangenheit nicht mehr einholen. Fast ein Jahr lag der frühere NVA-Dra-maturg, der Bedienungsanleitungsfilme nach dem Motto „Wie bediene ich diese Panzerfaust?“ drehte, tot in seiner Plattenbauwohnung in der Frankfurter Al-lee. Niemand konnte seinen Verwe-sungsprozess riechen, weil die Fenster so undicht waren, dass die Leiche nicht verfaulte, sondern austrocknete.

Das Buch stimmt nachdenklich. Denn die Beschriebenen stehen stellvertretend für alle anderen, die man im Bus, bei der Arbeit oder nach Feierabend trifft, ohne sie zu bemerken oder zur Kenntnis nehmen zu wollen. Die Geschichten der Unbedeutenden sind mit Alltäglichem und Banalem vollgestopft. Gerade darin liegt der Reiz des Buches, den Ossang durch die wenig vorhandene Distanz zu den beschriebenen Ereignissen und Personen herstellt. In einem Interview mit dem Filmemacher und Autor Alexander Kluge gibt er dies am Ende auch offen zu: „Es gibt ja sowieso keine Objektivität in der Reportage, aber in diesen Tagen wurde mir das besonders deutlich. Ich war Teil der Um-brüche, die ich beschrieben habe. Es war schwerelos aufregend.“ 

Europa ist in Bewegung

Europa ist in Bewegung. Der Euro ist in aller Hände. Die Ost-Erweiterung steht vor der Tür. Die Arbeiten des Konvents zur Neuordnung der europäischen Verträge werden auch unter der Kuppel in Berlin intensiv erörtert.



Hans Peter Repnik

Durch die Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 ist Europa stärker in das Bewusstsein der Menschen gerückt. Seit Jahresbeginn halten über 300 Millionen Menschen des Euro-Währungsgebietes statt Deutscher Mark, französischem Franc oder italienischer Lire die neuen Euro-Münzen und -Banknoten in den Händen. Nicht nur die zwölf Teilnehmerstaaten, sondern auch ihre Menschen sind dadurch sichtbar miteinander verbunden. Um das Vertrauen in den Euro dauerhaft zu festigen und eine stabile Währung zu erhalten, benötigen alle Teilnehmerstaaten der Währungsunion eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik. Während aber selbst frühere Problemländer im Süden Europas heute stabile Haushalte aufweisen, ist Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung zum Problemkind und „kranken Mann“ der Europäischen Union geworden. Der Gipfel am 15. und 16. März 2002 in Barcelona konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem beim Wirtschaftswachstum europaweit erhebliche Probleme bestehen. So ist das Wachstum im letzten Jahr auf 1,6 Prozent zurückgegangen. Fortschritte beim Beschäftigungsaufbau sind kaum zu messen.

Europa und der Euro stünden heute jedoch besser da, wenn Deutschland im letzten Jahr nicht einen so erheblichen

Wachstums- und Beschäftigungseinbruch gehabt hätte. Rechnet man etwa das schwache deutsche Wirtschaftswachstum heraus (2001 nur 0,6 Prozent), wäre das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union mit 2 Prozent deutlich höher ausgefallen. Die EU-Kommission hat deshalb Reformen in Deutschland angemahnt, etwa bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Reform des Steuersystems und in den Sozialversicherungssystemen oder bei den Investitionen in Bildung und Forschung. Die Empfehlung der Europäischen Kommission, Deutschland mit einem „Blauen Brief“ wegen eines Haushaltsdefizits von 2,7 Prozent abzumahnern, konnte erst auf massiven Druck der Bundesregierung abgewendet werden. Durch diese diplomatischen Winkelzüge von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel ist der Schaden indes noch größer geworden: Der für die Stabilität des Euros unverzichtbare Stabilitätspakt droht zu einer unverbindlichen Handlungsempfehlung zu verkommen.

Die europäische Einigung ist die Erfolgsgeschichte Europas in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie hat den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand gemehrt und entscheidend zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und der Teilung Deutschlands beigetragen. Mit der nunmehr anstehenden Osterweiterung ab 2004 steht die Europäische Union vor neuen, großen Herausforderungen. Um diese zu bestehen, muss ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen gestärkt werden. Dazu sind Reformen erforderlich, die zu einer demokratischeren, bürgernäheren und transparenteren Europäischen Union führen und so auch die Akzeptanz bei den Bürgern erhöhen, die trotz aller Erfolge

manchmal eher Bürokratie als Effizienz im europäischen Alltag wahrnehmen.

Am 14. und 15. Dezember 2001 berief der Europäische Rat von Laeken deshalb einen Konvent zur Zukunft der Europäischen Union ein, der den Weg zu einer europäischen Verfassung ebnen soll. Am 28. Februar diesen Jahres begann der Konvent mit seiner Arbeit. Im Mittelpunkt steht die Frage, was soll Europa in Zukunft leisten, was bleibt Aufgabe der Nationalstaaten und ihrer Parlamente? Und welche Entscheidungskompetenz haben die Institutionen Europäisches Parlament, Europäischer Rat und Europäische Kommission? Darüber hinaus muss die im Grundrechtskonvent unter Leitung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog erarbeitete Grundrechte-Charta rechtsverbindlicher Bestandteil der Verträge werden.

CDU und CSU haben zur Frage eines Europäischen Verfassungsvertrags mit klaren Kompetenzabgrenzungen zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten bereits Ende letzten Jahres Vorschläge vorgelegt. Es gilt, den Diskussionsprozess auf europäischer Ebene aktiv aus Deutschland zu begleiten und im Sinne des gemeinsamen Ganzen voranzubringen. Europapolitik wird nicht nur im Europäischen Parlament, sondern auch unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes gemacht. Die Bundestagswahl am 22. September wird darüber entscheiden, ob Deutschland wirtschaftliches Schlusslicht in Europa bleibt, ob wir wieder Impulse für den Europäischen Einigungsprozess geben und ob im Europäischen Rat die Stimme christdemokratischer Regierungschefs zum Wohle der Menschen in Europa wieder deutlicher zu vernehmen ist.

Hätten Sie's gewusst?

Konstantin Schwab

Die Grünen bilanzieren ihre Regierungsarbeit im Internet (www.gruene-fraktion.de) und kommen zu erstaunlichen Ergebnissen.

Was haben die Grünen in ihrer Regierungszeit nicht alles geleistet! Hätten Sie's gewusst? Wir erinnern uns: Was hat uns die Herrschaft der Grünen eigentlich gebracht? Hätten Sie's gewusst? Fällt Ihnen dazu etwas ein? Fällt den Grünen dazu etwas ein? Wir wissen es nicht. Aber immer, wenn wir etwas nicht wissen, blicken wir heutzutage ins Internet. Und da findet sich auch die Antwort: die grüne Regierungsbilanz 1998-2002. Die fällt dann schon ein bisschen bescheiden aus. Zwar fehlt es nicht an großen Worten. Aber insgeheim scheinen die grünen Online-Redakteure auch lange nachgedacht zu haben, bis ihnen ihre politischen Erfolge wieder eingefallen sind. Und so steht das Ganze unter dem Titel: „Hätten Sie's gewusst?“.

„Im Herbst 98 sind wir zur Bundestagswahl angetreten mit den Zielen, ökologisch umzusteuern, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und dazu die Steuern zu senken [...] und die Sozialsysteme zukunftsfähig zu machen“, bilanzieren die Grünen. Warum haben sie's nicht getan? Wissen Sie's? Die Grünen wissen es – glauben sie. Sie waren ja nur der kleine Koaliti-



onspartner, sagen sie. Sie haben zwar immer alles gewusst, aber nicht immer gekonnt. „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit war weniger erfolgreich, als wir das erhofft haben“, heißt es außerdem. Das wiederum wissen alle.

Hätten Sie's gewusst?: Rot-grün ist ein Erfolgsmodell, schreiben die Grünen weiter. Das wussten wir in der Tat nicht. Und wir fragen uns, wo die Grünen das wohl herhaben. Die Grünen als die verkannten Erneuerer. Ja, ja, bestimmt: „Steuersenkung ist grün. Das hat sich nur nicht überall herumgesprochen.“ Am allerwenigsten wohl bei den Grünen selbst.

Ach ja: die Grünen sind jetzt auch eine Partei der außenpolitischen Kontinuität, die sich besonders „den Grundkonstanten Lage, Interesse, Werte und Geschichte“ verpflichtet fühlt. Wenn sie das nur schon früher gewusst hätten . . .

Brandenburg

Zuwanderung trotz Arbeitslosigkeit?

Jörg Schönbohms Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat am 22. März war keine Überraschung. Schon bei einer Abstimmung der Jungen Union Brandenburg über den Gesetzentwurf vier Tage vor der Bundesratsdebatte kreuzten Peter Müller und Jörg Schönbohm ganz selbstverständlich "Nein" an. Die beiden waren auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Katharina Reiche zu einer Podiumsdiskussion nach Potsdam am 19. März gekommen. Der saarländische Ministerpräsident sezierte präzise die Schwachpunkte des Rot-

Grünen-Gesetzentwurfs. Brandenburgs Innenminister und CDU-Chef Schönbohm warnte die Landes SPD eindringlich davor, den Koalitionsvertrag zu brechen – vergeblich, wie wir inzwischen wissen. "Bei mehr als 25 Prozent Arbeitslosigkeit in weiten Teilen des Landes kann ich ein Interesse Brandenburgs an Zuwanderung nicht erkennen", begründete Schönbohm seinen Standpunkt. Auch die rund 150 Zuhörer unterstrichen in der JU-Umfrage vor Ort ihre Ablehnung zum Zuwanderungsgesetz: Mehr als 91 Prozent sprachen sich dagegen aus.



Thüringen

Wahlkampf Mobil

"Wir wollen unsere JU-Kandidaten im Bundestagswahlkampf handfest und brauchbar unterstützen", das ist die klare Auffassung des JU-Landesverbandes Thüringen. Deshalb stellt die JU einen Kleinbus zur Verfügung, der getreu dem Motto "Wenn schon, denn schon" mit einem Funk-Faxgerät ausgerüstet ist. So sollen die Kandidaten auf Wahlkampftour künftig von unterwegs aus zeitsparend wichtige organisatorische Geschäfte und Schriftkram erledigen können. Die Finanzierung lief über Sponsoring.



Sachsen-Anhalt

SU-Landesverband gegründet

Die Union in Sachsen-Anhalt ist im Aufwind. Und sie hat besonders bei den Jungen im Land Chancen. Engagierte junge Leute wollen ihr von Rot-Rot abgewirtschaftetes Land nicht verlassen, um in den Westen zu gehen. Sie wollen ihre Heimat gestalten, Verantwortung übernehmen und

für eine gute Politik sorgen. Aus diesem Grund haben sich jetzt viele Schüler zusammengetan und einen Landesverband der Schüler Union in Sachsen-Anhalt gegründet. Neu gewählter Landesvorsitzender wurde der Freiburger Stefan Bannert.



Berlin

JU gegen „Party-OB“



Dass der SPD-Politiker Klaus Wowereit wenig Skrupel hat, ist bekannt: beim Bruch von Koalitionen zum Beispiel, oder beim Schließen neuer Koalitionen. Doch am 22. März war es für die Junge Union Berlin genug. An diesem Tage nämlich setzte sich Party-OB "Wowi" über die Geschäftsordnung des Bundesrates und die Verfassung hinweg. "Ist Ihnen gar nichts heilig, Herr Wowereit?", fragten die JUler vor dem Bundesratsgebäude

mit Plakaten und appellierten an das verfassungsrechtliche Gewissen Wowereits. Berlins JU-Chef Kai Wegner: "In seinem Amt als Präsident des Bundesrates hätte Herr Wowereit parteipolitische Interessen zurückstellen und die Stimme Brandenburgs für ungültig erklären müssen." Durch diesen Vorgang seien der deutsche Parlamentarismus, aber auch das Gesetz selbst schwer beschädigt worden. So würde die Akzeptanz von Zuwanderung in der Bevölkerung weiter sinken. Ein Plakat erinnerte Wowereit an seine Amtspflichten als Bundestagspräsident, die er nach Auffassung der Berliner JU durch sein parteipolitisches Handeln verletzt hat.



Schwerin

JU-Schwerin zeigt, was Trumpf ist

Norbert Claussen will neuer Oberbürgermeister von Schwerin werden. Die JU Schwerin unterstützt den CDU-Mann Claussen im Wahlkampf mit eigenen Plakaten. Gerade den jungen Wählern will sie klar machen, dass es um die Zukunft der Stadt und damit auch um ihre eigene Zukunft geht. Und diese sollten die Jungwähler mitbestimmen, am besten mit ihrer Stimme für Norbert Claussen bei der OB-Wahl in Schwerin. Klar ist: Wer ein solches Blatt auf der Hand hat, darf nicht schon mit 18 „weg“ sein.

e



Saarland

Ajutor - Schülerhilfe für Rumänien

Zehn Mitglieder der Jungen Union Saarland machten sich auf, um Hilfsgüter im Wert von über 50.000 Euro zusammen mit Willi Gehring, CDU-Mitglied im saarländischen Landtag, Chef des saarländischen THW und Vorsitzender des Deutsch-Rumänischen Freundchaftskreises, nach Rumänien zu bringen. 1.700 lange Kilometer waren zu fahren.

Die Reise des Hilfskonvois führte die JU'ler in ein Land, das von Armut und Stillstand geprägt ist. Umso mehr Gastfreundschaft wurde den deutschen Helfern entgegengebracht, als der Konvoi im rumänischen Lipova stoppte.

Seit rund zehn Jahren liefert das THW regelmäßig Kleider und Material nach Lipova. Die Idee der Jungen Union, mit Schulmaterial die Bildungsarbeit im Banat zu unterstützen, fand bei Gehring sofort Zuspruch. Der JU-Landesvorsitzende Alexander Funk stellte die politische Jugendorganisation in den Schulen vor, berichtet von den Aktivitäten der 6.500 Mitglieder der JU Saar. Mit den angelieferten Unterrichtsutensilien will die Junge Union zumindest einen kleinen Beitrag dazu leisten, die Bildungschancen rumänischer Jugendlicher zu verbessern, damit die jungen Menschen im Land bleiben und Perspektiven entwickeln können.

e

Wedemark

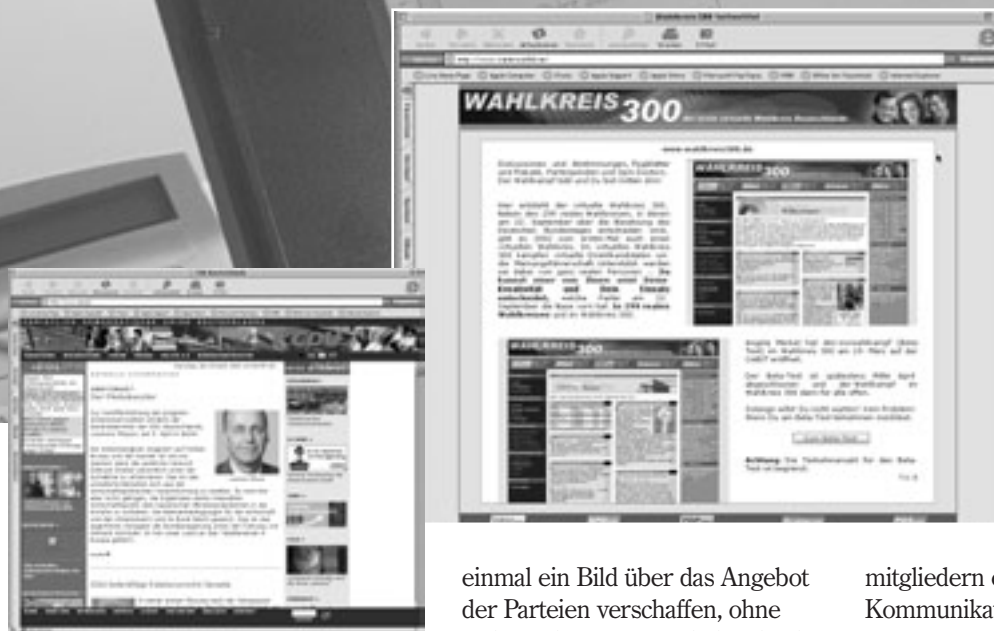
Strampeln für den guten Zweck

Nicht nur politisch, sondern auch sportlich aktiv war die JU Wedemark. 24 Stunden saßen JU'ler auf Trimmdichrädern und erstrampelten für einen guten Zweck 1.200 Euro. 51 Fahrer fuhren rund um die Uhr insgesamt 1.400 Kilometer. Für jeden Kilometer spendeten Sponsoren einen selbst bestimmten Betrag. Der Erlös der JU-Aktion ging an die gemeinnützige Aktion Wedemärker helfen Wedemärkern. Unter anderem beteiligte sich auch der Bürgermeister der Gemeinde Wedemark sowie einige Ortsbürgermeister an der 24-Stunden-Tour.

e

Der Wahlkampf ist im virtuellen 300. Bundestagswahlkreis schon in vollem Gange.

www.wahlkreis300.de



Alle kämpfen für die CDU-Wahlkreiskandidatin Cornelia Kraus

In 299 Bundestagswahlkreisen startet in diesen Tagen der Wahlkampf. Kandidaten, Orts- und Kreisverbände der Parteien mobilisieren ihre Anhänger-schaft, planen Kampagnen, organisieren Aktionen, sammeln Argumente. Und was sich im Real Life hundertfach in Deutschland vollzieht, hat jetzt auch seine virtuelle Entsprechung: Im fiktiven Wahlkreis 300 kämpfen inzwischen 1250 Internet-Wahlkampfhelfer für den Erfolg ihrer Partei und ihres Kandidaten.

Die Online-Wahlkreis-Simulation funktioniert nach den gleichen Prinzipien wie die Erfolgscommunity dol2day. Mit Beiträgen zu laufenden Diskussionen oder durch die Teilnahme an Umfragen steigert jeder Mitspieler sein politisches Prestige und verbessert seinen Status. Die Mitgliedschaft in einer der virtuellen Parteien, die ihren realen Vorbildern nachempfunden sind, ist möglich, muss aber nicht sein. Interessierte Online-Bürger können sich auch erst

einmal ein Bild über das Angebot der Parteien verschaffen, ohne gleich beizutreten – wie im richtigen Leben. Auf insgesamt 22 parteiübergreifenden Foren kann debattiert werden.

Darüber hinaus können Parteimitglieder in parteiinternen Foren Argumente austauschen und ihre Überzeugungskraft testen. Wer besonders viel Zustimmung bei den übrigen Wahlkämpfern findet und besonders aktiv ist, steigt in der Rangliste und vergrößert seinen Einfluss. So kann man durch seinen Einsatz im Wahlkampf vom einfachen Parteimitglied über die Ranking-Stufen „Plakatkleber“, „Sommerfest-Beauftragter“, „Spin Doctor“ bis zum „Senior Advisor“ aufsteigen.

Ganz witzig sind die Aktionsmöglichkeiten, die sich den Parteimitgliedern bieten, um den eigenen Direktkandidaten zu hypen und um sich Community Credits zu verschaffen. Man kann Plakatkampagnen erfinden, Werbebanner entwickeln, Presseerklärungen verfassen oder Flugblätter in Umlauf bringen. Jedes Mal muss selbstverständlich erst eine Absprache mit den anderen Partei-

mitgliedern erfolgen, damit die Kommunikationsstrategie für den Wahlkampf auch einheitlich bleibt. Wer es zum Beispiel schon zum Beisitzer im Vorstand seiner Partei gebracht hat, darf auch Redemanuskripte für seinen Kandidaten schreiben.

Im Zentrum aller Bemühungen steht der Erfolg des jeweiligen Direktkandidaten. Für die CDU etwa bewirbt sich die 31-jährige (nicht reale) Bankangestellte Cornelia Kraus um das Mandat.

Die Mitgliederstatistik weist einen klaren Vorsprung der Union aus, was im Wesentlichen damit zu tun hat, dass wahlkreis300 eine Initiative der CDU Deutschlands ist. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat wahlkreis300 auf der CeBit gestartet. Zur Zeit läuft noch eine Testphase, die aber in der zweiten Aprilhälfte abgeschlossen sein wird. Was von den Mitspielern in den Diskussionsbeiträgen, Umfragen und Pressekampagnen an politischem Niveau dann geboten wird, ist durchaus unterschiedlich. Aber auch das kennzeichnet ja die Parallele zwischen dem echten und dem simulierten Politik- und Wahlkampfbetrieb.

Der erste Wahlkreis im Internet:
www.wahlkreis300.de

Neue Vorstände

Landesverband Niedersachsen:

■ **Vorsitzender:** Kristian Willem ■ **Stellv.:** Michael Erdhaus ■ **Stellv.:** Jens Nacke ■ **Stellv.:** Andreas Schwegel ■ **Schatzmeister:** Katrin Neumann ■ **Pressesprecherin:** Julia Ranke ■ **Beisitzer:** Ralf Rasenbrock, Alfred Engelke, Silke Johanning, Dominique Leinemann, Hendrik Notarp, Katharina Schlattner, Britta Siebert, Andreas Winkler, Martin Zerth

Kreisverband Schwarzwald-Baar:

■ **Vorsitzender:** Marco Steffens ■ **Stellv.:** Tobias Metzger, Michael Podolski ■ **Finanzreferentin:** Sandra Schlicht ■ **Pressereferent / Schriftführer:** Michael Dreer ■ **Beisitzer:** Martin Fink, Andreas Ganter, Tobias Götz, Tobias Keller, Jens Kirchner, Nadine Scherer, Benjamin Schweizer, Christian Speck, Simone Wohlgemuth, Tobias Wohlgemuth

Kreisverband Steinburg:

■ **Vorsitzender:** Björn Flügel ■ **Stellv.:** Ludger Wemhoff ■ **Schatzmeister:** Timo Nickels ■ **Beisitzer:** Markus Müller, Thies Tutat, Tjark Möncke, Mark Helfrich, Daniela Freyny, Carsten M. Nissen ■ **Kassenprüfer:** Henning Blum

Stadterverband Meschede:

■ **Vorsitzender:** Benedikt Risse ■ **Stellv.:** Christian Wilmers ■ **Schatzmeister:** Daniel Schopphoff ■ **Schriftführer:** Markus Pinnes ■ **Pressesprecher:** Roland Herrmann ■ **Beisitzer:** Johan Lange, Robert Reznizak, Nils Pasternak, Sascha Arndt, Simon Balikcioglu, Stefan Koböke

Kreisverband Kaiserslautern Stadt:

■ **Vorsitzender:** Christian Adam ■ **Stellv.:** und Webmaster: Michael Hentz ■ **Stellv.:** Christian Jagler ■ **Schatzmeister:** Peter Hämmer ■ **Beisitzer:** Christoph Brandt, Alexander Flockerzie-Kapanvellos, Nadine Händel, Julia Ledig, Jörg Schild, Julia Schmekel, Birgit Schrandt, Kai Werner, Stephan Zell

Kreisverband Pirmasens:

■ **Vorsitzender:** Alexander Vogl ■ **Stellv.:** Sven Böhm ■ **Stellv.:** Julia Linse ■ **Schatzmeister:** Nico Faul ■ **Beisitzer:** Astrid Bieling, Tristan Nitsche, Steffen Sandoz, Tom Gumbert, Bettina Voss, Christian Langenbach, Arthur Romanow

Kreisverband Schleswig-Flensburg:

■ **Vorsitzender:** Thomas Klömmer ■ **Stellv.:** Thomas Andresen ■ **Stellv.:** Marc Emcke ■ **Schatzmeister:** Nico Kühl ■ **Beisitzer:** Maren Gandoy-Bürger, Urte Lausen, Tanja Lützen, Heiko Steinhäuser, Björn With

Kreisverband Schafflund:

■ **Vorsitzender:** Thomas Andresen ■ **Stellv.:** Oliver Faust ■ **Stellv.:** Stefanie Gramit ■ **Kassenwartin:** Maike Andresen ■ **Kassenprüfer:** Arne Christoph Marquardsen, Frank Zeiger ■ **Beisitzer:** Heike Brodersen, Nico Carstensen, Oke Lorenzen Jensen, Tanja Lützen

Kreisverband Selk:

■ **Vorsitzender:** Markus Otto Carstens ■ **Stellv.:** Ole Harder ■ **Stellv.:** Michael Maximilian Läng ■ **Kassenwart:** Nana Zarnekow ■ **Kassenprüfer:** Henning Böge, Sönke Thomsen ■ **Beisitzer:** Enno Neumann, Andrea Siems, Kai Thomsen

Kreisverband Süderbrarup:

■ **Vorsitzender:** Urte Lausen ■ **Stellv.:** Sarah Höhne ■ **Stellv.:** Matthias König ■ **Kassenwart:** Heiko Steinhäuser ■ **Kassenprüfer:** Svenja Levin, Jeanine Lilienberg ■ **Beisitzer:** David Pilch, Thorsten Schmidt, Björn de Vries

Kreisverband Konstanz:

■ **Vorsitzender:** Christoph Stolz ■ **Stellv.:** Sven Strauß, Anselm Rodenhauen ■ **Schriftführer:** Suzette Keller-Hüschemenger ■ **Schatzmeister:** Andreas Bernhart ■ **Kreisgeschäftsführer:** Jens Gössel ■ **Pressereferent:** Michael Böhler ■ **Referent für Öffentlichkeitsarbeit:** Jürgen Kley ■ **Beisitzer:** Carina Egenhofer, Isabel Schulz, Tobias Steinmetz, Robert Stillers, Frank Schilling, Johannes Schnell, Astrid Herrmann, Christian Rottler

Kreisverband Delmenhorst:

■ **Vorsitzender:** Timo Runge ■ **Stellv.:** Sven Melzer ■ **Geschäftsführer:** Matthias Becker ■ **Schatzmeister:** Dennis Aladag ■ **Beisitzer:** Wiebke Oberheide, Max-Martin Deinhard, Kenan Askaroglu

Kreisverband Freiburg:

■ **Vorsitzender:** Daniel Sander ■ **Stellv.:** Felix Wetterauer, Christian Staf ■ **Schatzmeister:** Kai-Uwe Fratzky ■ **Pressereferentin:** Simone Streit ■ **Schriftführerin:** Svetlana Kaufmann ■ **Beisitzer:** Andreas Casper, Dominique Weiß, Fabian Sauter-Servaes, Yvonne Kuhlmann, Marco Näger, Anabel Theobald, Claudia Alsleben-Schneider

Kreisverband Offenbach:

■ **Vorsitzender:** Michael Herzberg ■ **Stellv.:** Lars Häfner, Claudia Kaspczak, Dominik Mangelmann ■ **Schatzmeister:** Jacqueline Maaß ■ **Beisitzer:** Gaj Cvetko, Anja Fröhlich, Simon Grüttner, Martin Jäger, Jeremy Mackeldey, Christoph Rupp

Herausgeber:

Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
ju@junge-union.de · www.junge-union.de

Redaktionsbüro:

DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
die@entscheidung.de · www.entscheidung.de

Redaktioneller Beirat:

Sascha Drescher (Mitglied im Bundesvorstand)
Michael Hahn (Bundesgeschäftsführer)

Redaktion:

Chefredakteur: Konstantin Schwab, Steffen Bilger,
Martin Blach, Sebastian Gehrold (Chef vom Dienst),
Dr. Peter Fellmer, Roberto Fleißner, Thomas Fürst,
Torsten Geiling, Olaf Klaukien, Jan-H. Klaps, Frauke
Kröger, Frank Lochthove, Christine Loerke, Stefan
Löwer, Peter Meyer, Georg Milde, Christian Müller,
Volker Nies, Michael Panse MdL, Markus Pösentrup,
Ralf Pötter (online-Ausgabe), Dr. Andreas Püttmann,
Jan Redmann, Heiko Rottmann, Nicolai Schenk, Dietmar
Schulte, Andreas Schwegel, Gerrit Weber, Ralf
Weidner, Jan-Gernot Wichert, Henryk Wichmann,
Mathias Wieland, Sebastian Wolff

Verlag:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 982-118, Fax (0 24 72) 982 229
Objekt- und Anzeigenleiter: Alexander Lenders
alenders@weiss-druck.de · www.weiss-druck.de

Satz & Druck:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 982-0, Fax (0 24 72) 982 200
Layout & Satz: M. Wolters-Stormanns
mwolters-stormanns@weiss-druck.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Titelbild: Elke Scholz
Titelgestaltung: Weiss-Druck
Bildnachweis: JU-Archiv, CDU/CSU, Ossenbrink, Weiss-Archiv.

► „Wo gibt's supergünstige Schnäppchen,
die heißesten Reisen, die coolsten
Events und topaktuelle News?“

► T-Online

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass man bei T-Online Zugang zu den phantastischsten Online-Welten hat. Wie man in diese Welten kommt und was man dort alles entdecken kann, das möchten wir Ihnen in Zukunft etwas genauer erklären. Und auch auf neue Angebote und neue Services von T-Online werden wir Sie natürlich hinweisen. Also, achten Sie auf uns – es lohnt sich.

Deutschland geht T-Online.
Gehen Sie mit.

Infos: www.t-online.de

► „Kleiner Tipp: Es
fängt mit T an ...“



T · · Online · · ·